

BULLETIN N°95 – Juni 2026

Botschaft des VEM-Präsidenten

Sehr geehrte Mitglieder,

zunächst möchte ich mich ganz herzlich für meine Wahl zum Vorsitzenden des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments bedanken. Meine Wahl fiel mit dem 25-jährigen Jubiläum unseres Vereins zusammen und stellt einen bedeutenden und symbolträchtigen Meilenstein in dessen Geschichte dar. Es ist mir eine große Ehre, die Nachfolge meines Vorgängers Klaus Hänsch anzutreten, eines Präsidenten dessen Amtszeit sich sowohl durch unermüdliches Engagement als auch durch eine klare und starke Vision auszeichnete, die den Grundsätzen dieses Vereins treu blieb: „Ein Engagement für Europa“.

In diesem Verein – der von Lord Plumb, dem Ehrenvorsitzenden, gegründet wurde – ist es Tradition, dass der Vorsitzende zuvor das Amt des Parlamentspräsidenten ausgeübt hat. Ich bin mir dieser Tradition und der damit verbundenen Verantwortung bewusst, und empfinde es nicht nur als persönliche Ehre, sondern es erinnert mich auch stets daran, dass diese Rolle mit Erwartungen einhergeht, nämlich, den Verein würdig zu vertreten, eine enge Verbindung zum Parlament und zum europäischen Aufbauwerk insgesamt aufrechtzuerhalten, dafür zu sorgen, dass er ein Ort des echten Engagements bleibt und nicht zu einer rein zeremoniellen Einrichtung verkommt, sowie auf die Anliegen und Bedürfnisse der Vereinsmitglieder einzugehen.

Der Verein der ehemaligen Mitglieder ist nicht dazu da, in der Vergangenheit zu schwelgen. Er verfolgt ein Ziel, das weitaus nützlicher und möglicherweise notwendiger ist als je zuvor: eine Gemeinschaft von Menschen, die fernab von den täglichen politischen Auseinandersetzungen aus eigener Erfahrung verstehen, was das Europäische Parlament ausmacht, was es leisten kann und was es seinen Abgeordneten abverlangt. Diese gemeinsame Erfahrung, die sich über Generationen, politische Fraktionen und Mitgliedstaaten hinweg erstreckt, ist die wahre Stärke des Vereins. Ich glaube, dass wir uns derzeit in einer Zeit befinden, in der diese Stärke besonders wertvoll ist. Die europäische Demokratie steht unter Druck, nicht nur von außen, sondern auch von innen. Bürgerinnen und Bürger stellen Institutionen in Frage, denen sie früher vertraut haben. Die nationalen Parlamente, aber auch das Europäische Parlament, stehen vor der Herausforderung, ihre Bedeutung gegenüber immer mächtigeren Exekutiven unter Beweis zu stellen. Als ehemalige Mitglieder haben wir sowohl die Freiheit als auch die Verantwortung, zu dieser Debatte beizutragen.

Außerdem möchte ich mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die an unseren Veranstaltungen sowie an der Jahreshauptversammlung am 3. Juni teilgenommen haben. Im Namen des gesamten Verwaltungsausschusses danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns entgegenbringen, und wir freuen uns darauf, bald an Ihrer Seite zu arbeiten. Mein aufrichtiger Dank gilt auch Edward McMillan-Scott, der zehn Jahre lang Mitglied des Verwaltungsausschusses war.

Diese Ausgabe des Bulletins des Vereins der ehemaligen Mitglieder widmet sich insbesondere den Veranstaltungen, die wir am 2. Juni im Europäischen Parlament zum 25-jährigen Bestehen unseres Vereins durchgeführt haben. Den Auftakt bildete ein feierliches und symbolträchtiges Foto zusammen mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, und den von mir hochgeschätzten ehemaligen Präsidenten des Parlaments: Enrique Barón Crespo, Pat Cox, Klaus Hänsch und Hans-Gert Pöttering. Die Gelegenheit, an der Seite dieser herausragenden politischen Persönlichkeiten zu stehen, die den Weg der europäischen Integration, aber auch den des Vereins der ehemaligen Mitglieder geprägt haben, hat mir das Vermächtnis vor Augen geführt, das ich hoffentlich würdig weiterführen werde.

Am 2. Juni 2026 wurde die grundlegende Tätigkeit des Vereins vorgestellt, als die Vizevorsitzende des Vereins, Monica Baldi, die Ausstellung offiziell eröffnete, die den Werdegang des Vereins von seiner Gründung bis heute zeigte. Diese Ausstellung ist ein anschauliches Beispiel für all die Aktivitäten, Partnerschaften und konkreten Beiträge des Vereins, da darin aufgezeigt wird, wie unsere Mitglieder weiterhin aktiv Brücken zwischen den europäischen Institutionen und der Zivilgesellschaft schlagen.

Ich möchte auf die 17. Gedenkfeier des Vereins der ehemaligen Mitglieder eingehen, bei der ich die Ehre hatte, die Abschlussrede zu halten. Den Vorsitz der Feier hatten der scheidende Vorsitzende des Vereins, Klaus Hänsch, und die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, der ich für ihre Anwesenheit herzlich danke. An dieser jährlichen Feier nahmen die Vereinsmitglieder und die Familien der verstorbenen ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments teil, und alle kamen zusammen, um deren Lebenswerk zu würdigen und ihrer zu gedenken.

Die Feier war von einem Gefühl der Eintracht und Besinnlichkeit geprägt, auf die ein Abendessen mit überaus anregenden Gesprächen später am Abend folgte. Wir hatten die Ehre, unseren Gastredner Andrius Kubilius, Mitglied der Kommission für Verteidigung und Weltraum, begrüßen zu dürfen, der in seiner Eröffnungsrede über den Weg zu einer echten Europäischen Verteidigungsunion sprach. Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Verteidigung ist natürlich ein brandaktuelles Thema. Angesichts der sich wandelnden transatlantischen Beziehungen kann Europa seine Sicherheit nicht länger anderen überlassen. Wie Kommissar Kubilius betonte, liegt die heutige Herausforderung nicht allein im Bereich der Wehrfähigkeit, sondern ebenso auf institutioneller, strategischer, politischer und operativer Ebene. Dies wirft wiederum komplexe rechtliche und politische Fragen hinsichtlich der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Kommission, der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und dem Rat auf.

Mit der Übernahme dieses Amtes verbinde ich die Hoffnung und das Bestreben, diesen Verein mit derselben Integrität, derselben Umsicht und derselben Würde zu leiten, wie sie meine Vorgänger während ihrer jeweiligen Amtszeiten an den Tag gelegt haben. Ich möchte allen unseren Mitgliedern meinen aufrichtigen Dank aussprechen, denn sie bilden das eigentliche Fundament für den Erfolg und die Bedeutung des Vereins der ehemaligen Mitglieder. Die Vitalität unseres Vereins beruht ganz und gar auf Ihrem Engagement, und ich freue mich darauf, mit möglichst vielen von Ihnen bei unseren nächsten Veranstaltungen in persönlichen Kontakt zu treten.

Josep Borrell Fontelles

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder

Andorra, ein kleines Land mit Europäischer Ausrichtung

Andorra ist Mitglied des Europarats und hat derzeit den Vorsitz der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) inne. Vom 21. bis 23. Mai nahmen Jean-Pierre Audy und ich in unserer Funktion als Mitglieder des Exekutivrats an der Sitzung der FP-AP teil, die dieses Mal in dem Land in den Pyrenäen stattfand.

Wir wurden vom Präsidenten des Parlaments Andorras (Síndic General) sowie von mehreren Mitgliedern des Parlaments (Consell General) an dessen Sitz in einer Auftaktveranstaltung begrüßt, bei der uns die Gastfreundschaft Andorras zuteilwurde.

Der Haupttag begann mit Reden von Jordi Mas, dem Vorsitzenden von GESCO (Vereinigung ehemaliger Abgeordneter Andorras), Sergi González, dem Bürgermeister der Hauptstadt Andorra la Vella, und Carles Ensenyat, dem Präsidenten des Parlaments, der die Veranstaltung offiziell eröffnete. Danach folgten die Sitzung des Exekutivrats der FP-AP unter dem Vorsitz des ehemaligen andorranischen Mitglieds des Europäischen Parlaments Maria Rosa Mendicó, sowie ein Seminar zur Zukunft der Demokratie, insbesondere im Kontext künstlicher Intelligenz, an dem Experten aus den Bereichen Politikwissenschaft, Innovation und KI-Regulierung teilnahmen.

Nach dem Mittagessen fand ein großartiger Vortrag über die Geschichte Andorras statt, gefolgt von einer Führung durch die Casa de la Vall, dem historischen Sitz des Parlaments. Den Abschluss bildete ein offizielles Abendessen, das vom Consell General ausgerichtet wurde.

Die Reise endete mit einem Besuch in den Tälern im Norden des Landes. Wir besichtigten die Orte Ordino, La Cortinada und Llorts, die große historische und kulturelle Bedeutung haben. Nach dem Mittagessen in El Serrat besuchten wir das Museumshaus Areny-Plandolit, das wichtige Einblicke in die Geschichte und Traditionen Andorras vermittelt.

Die Veranstaltung war sehr gut organisiert, und wir konnten uns davon überzeugen, welche aktive Rolle Andorra mittlerweile in den zentralen Bereichen der europäischen Zusammenarbeit spielt. Obwohl das Land nicht zur EU gehört, unterhält es enge institutionelle, rechtliche und wirtschaftliche Beziehungen zu der Union und hat sich nahtlos in verschiedene Strukturen der EU eingefügt.

Nachdem Andorra im Jahr 1993 seine erste Verfassung verabschiedet hatte, trat das Land im folgenden Jahr dem Europarat bei und bekannte sich durch die Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie die Anerkennung der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte uneingeschränkt zum europäischen System zum Schutz der Menschenrechte. Das war ein entscheidender Schritt für die institutionelle Modernisierung des Landes, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Festigung demokratischer Standards, die mit denen im übrigen Europa vergleichbar sind. Zudem hat Andorra dazu beigetragen, dem Katalanischen – der alleinigen Amtssprache des Landes – auf europäischer Ebene stärkere institutionelle Präsenz zu verschaffen.

Die Beziehungen zur EU beruhen auf einer sektoralen Integration. Andorra ist aufgrund bestimmter Abkommen, wie beispielsweise der Zollunion und des Währungsabkommens, das die Verwendung des Euro ermöglicht, Teil des Binnenmarktes. Derzeit befindet sich ein Assoziierungsabkommen mit der EU in der Abschlussphase. Das Europäische Parlament hat bereits seine Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

Über den europäischen institutionellen Rahmen hinaus unterhält Andorra auch enge Verbindungen zu seinen unmittelbaren Nachbarregionen Katalonien und Okzitanien, die sich auf soziale, wirtschaftliche, touristische und kulturelle Dynamiken stützen, wobei die katalanische Sprache ein wichtiges verbindendes Element bildet. Darüber hinaus unterhält Andorra enge historische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zu den Balearen, wobei auch hier die katalanische Sprache als Bindeglied fungiert. Die komplementäre Beziehung zwischen dem Bergtourismus in Andorra und dem Wassertourismus auf den Balearen fördert den Austausch auf menschlicher, wirtschaftlicher und touristischer Ebene.

In einer Zeit, in der Europa vor großen Herausforderungen steht, zeigt Andorra, wie ein kleines Land seine Identität bewahren und sich gleichzeitig aktiv in die europäische Zusammenarbeit einbringen kann. Von den Pyrenäen bis zum Mittelmeer zeigen diese menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen, dass geografische Nähe und eine gemeinsame Sprache nach wie vor ein entscheidender Faktor für Zusammenhalt und Fortschritt sind.

Teresa Riera Madurell

S&D, Spanien (2004-2014)

Ehrensekretär der VEM

Zypern: Vergangenheit und Gegenwart – Herausforderungen und Möglichkeiten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

es war mir eine Freude, Sie – wenn auch nur virtuell – in Zypern begrüßen zu dürfen, und das zu einem Zeitpunkt, da unser Land im ersten Halbjahr 2026 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernimmt, wobei es diesen von Dänemark übernommen hat und an Irland übergeben wird.

Es ist bedauerlich, dass Ihr geplanter Besuch durch ein Missverständnis verschoben werden musste. Zypern ist nicht in die eskalierenden Spannungen zwischen Israel und den USA einerseits und Iran andererseits verwickelt. Im Gegenteil: Zypern ist Teil der Lösung, und wir danken Europa für seine Solidarität.

Als letztes Mitglied des derzeitigen Dreivorsitzes mit Polen und Dänemark knüpft Zypern an deren Arbeit an und verfolgt eine fortschrittliche, zukunftsorientierte Agenda unter dem Motto **„Eine autonome Union – Offen für die Welt“**. Im Rahmen unseres Vorsitzes werden wir die Fähigkeit der EU unterstreichen, entschlossen zu handeln, die Einheit zu wahren und ihre Werte sowohl intern als auch weltweit zu schützen. Außerdem werden wir Probleme hervorheben, die für unseren regionalen Kontext von zentraler Bedeutung sind: nationale Autonomie, Migration, Zusammenarbeit mit Drittländern, strategische Unabhängigkeit in den Bereichen Geopolitik und Verteidigung, maritime Sicherheit und Wasserversorgungssicherheit, innere Sicherheit, Krisenreaktion und Diplomatie.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen die EU als werteorientierten globalen Akteur stärken, der in der Lage ist, internationale Normen zu gestalten und pragmatisch auf Herausforderungen auf nationaler und internationaler Ebene zu reagieren.

In einer Zeit, die von Kriegen, geopolitischen Spannungen und Unsicherheit geprägt ist, ist es angebracht, auf die lange Geschichte Zyperns zurückzublicken und darüber nachzudenken, welche Lehren wir daraus für Europa ziehen können. Mein kurzer Vortrag gliedert sich in vier Themen: A) Zypern im Wandel der Zeit, B) der lange Weg zur Unabhängigkeit, C) aktuelle Herausforderungen, und D) Möglichkeiten.

A. Zypern im Wandel der Zeit: Der Einfluss der Geografie auf das Schicksal der Insel

Zypern war schon immer ein Knotenpunkt zwischen Europa, Asien und Afrika. Diese strategische Lage hat unsere Identität über Jahrtausende hinweg geprägt. Die geografische Lage hat tatsächlich unser Schicksal entscheidend beeinflusst.

Von der antiken griechischen Welt über das Römische und das Byzantinische Reich bis hin zu den Lusignans, den Venezianern und den Osmanen und den Briten – Zypern war stets ein begehrter Stützpunkt und ein kultureller Knotenpunkt. Trotz wechselnder Herrscher bewahrte die Insel einen ausgeprägten europäischen Charakter, der in der hellenischen und mediterranen Zivilisation verwurzelt ist.

Unsere Lage an der Ostgrenze Europas verleiht Zypern eine Doppelrolle: **die Insel ist eine Hüterin europäischer Werte und ein Tor zur gesamten Region.** Heute, da die EU nach strategischer Autonomie strebt und gleichzeitig offen für globale Partnerschaften bleiben will, ist die geografische Lage Zyperns kein Hindernis, sondern ein Vorteil.

B. Eine turbulente Vergangenheit: Fremdherrschaft und der Weg zur Unabhängigkeit

Die strategische Bedeutung Zyperns brachte nicht nur kulturellen Reichtum mit sich, sondern auch Eroberungen und Ausbeutung. Jahrhundertlang sahen fremde Herrscher die Insel eher als Beute denn als Heimat.

Die im Jahr 1960 erlangte Unabhängigkeit war ein historischer Wendepunkt, doch sie ging mit einer fragilen Verfassungsstruktur und externen Garantiemächten einher, deren Interessen oftmals denen des zyprischen Volkes zuwiderliefen.

Die Geschehnisse von 1974 – die Invasion und die noch immer andauernde Besetzung von 37% des Staatsgebiets der Republik Zypern – haben tiefe Wunden hinterlassen, die bis heute nicht verheilt sind. Die Folgen sind hinreichend dokumentiert: Menschenrechtsverletzungen, ethnische Säuberungen, Vertreibung, vermisste Personen, in Enklaven lebende Bevölkerungsgruppen, Siedler, die Zerstörung kulturellen Erbes und die Entziehung von Eigentum. Seit 52 Jahren ist Zypern von Teilung geprägt – einer Teilung des Landes, der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Das ist kein eingefrorener Konflikt. Das ist Tag für Tag erlebte europäische Realität. Es erinnert uns daran, dass Demokratie, Souveränität, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit konsequent verteidigt werden müssen, nicht nur selektiv.

C. Aktuelle Herausforderungen: Eine geteilte Insel in einer geteilten Welt

Das heutige internationale Umfeld ist geprägt von Krieg, geopolitischem Wettbewerb, Einmischung von außen sowie wechselnden Bündnissen. Kleine Staaten wie Zypern spüren diesen Druck besonders deutlich, doch wir wissen, dass unsere Sicherheit in einer starken und geeinten europäischen Union liegt.

Zypern ist weiterhin mit folgenden Problemen konfrontiert:

- der anhaltenden militärischen Besatzung durch die Türkei,
- systematischen Menschenrechtsverletzungen, die von unabhängigen Stellen dokumentiert sind,
- diskriminierenden Maßnahmen gegen griechische Zyprioten, Maroniten, Lateiner und Armenier,
- Versuche, den demographischen und kulturellen Charakter der Insel zu verändern,
- Verstöße gegen unsere See- und Luftrechte sowie unserer Souveränität im östlichen Mittelmeerraum.

Diese Probleme treffen das europäische Aufbauwerk mitten ins Herz. Sie stellen die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde auf die Probe.

Die Zypernfrage dreht sich nach wie vor um **Invasion, Besetzung und Verletzungen international anerkannter Menschenrechte**. Das Versäumnis, sich dieser Realität zu stellen, hat in die derzeitige Sackgasse geführt – und das, obwohl die Türkei mit der EU in Beitrittsverhandlungen steht.

Zypern strebt nicht nach Sonderrechten – wir wollen lediglich, dass die Resolutionen der Vereinten Nationen umgesetzt werden, der europäische Besitzstand geachtet wird und eine Lösung gefunden wird, bei der die Wiedervereinigung der Insel gewährleistet wird und die Rechte aller rechtmäßigen Einwohner gewahrt werden.

D. Chancen: Zypern als Mitgestalter eines stärkeren Europas

Trotz all dieser Herausforderungen definiert sich Zypern nicht über seine Teilung, sondern vielmehr über seine Widerstandsfähigkeit und seine tiefe Verbundenheit mit Europa. Unsere Insel bietet der EU:

- einen stabilen demokratischen Anker in einer unruhigen Region,
- eine strategische Plattform für humanitäre Einsätze und regionale Diplomatie,
- eine Brücke zum Nahen Osten und nach Nordafrika,
- eine immer wichtigere Rolle bei der Diversifizierung der Energieversorgung und bei Korridoren für erneuerbare Energieträger,
- ein Modell des kulturellen Zusammenlebens, das in einem wiedervereinigten Zypern wieder aufblühen kann,
- eine Partnerschaft, die Europas Autonomie stärkt und gleichzeitig weltoffen bleibt.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Die Geschichte bestimmt nicht unser Schicksal, es sei denn, wir lassen es zu. Die Vergangenheit Zyperns wurde von seiner geografischen Lage geprägt, aber seine Zukunft wird von seinen eigenen Entscheidungen – und den Entscheidungen Europas – geprägt werden.

Ein wiedervereinigtes Zypern, frei von Besatzung und vollständig in den europäischen Rechtsrahmen eingebunden, würde es ermöglichen, ein seit langem bestehendes Unrecht zu beseitigen und die Grundprinzipien der EU in einer Zeit zu bekräftigen, in der sie dringender gebraucht werden denn je. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung bei der Wiederaufnahme substanzieller Verhandlungen für eine gerechte und tragfähige Lösung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Solidarität und Ihr Engagement für ein Europa, das sich selbst treu bleibt.

Antigoni Pericleous Papadopoulos

S&D, Zypern (2009-2014)

Europas Verteidigungsambitionen in Einer Sich Wandelnden Geopolitischen Landschaft

Aufgrund der unsicheren Lage in Iran und seiner Umgebung konnte unsere VEM-Delegation leider nicht persönlich nach Zypern reisen. Daher war es uns nicht möglich, mit verantwortlichen Führungspersonlichkeiten über die aktuelle EU-Politik gegenüber der Ukraine, Iran, Israel und Libanon zu sprechen.

Noch mehr als zuvor stellt sich nun die grundlegende Frage: Kann Europa gleichberechtigt mit den USA und China globale Macht ausüben? Im Bereich Sicherheit und Verteidigung ist das noch nicht der Fall. Die EU war vor allem eine Rechts- und Wertegemeinschaft mit Politikintegration auf der Grundlage des Binnenmarkts. Im Bereich Sicherheit und Verteidigung lag die Hauptverantwortung bei der NATO. Die tiefgreifenden geostrategischen Entwicklungen haben zu drastischen Anpassungen der Politik der EU in Form hoher, wenn auch nicht immer kohärenter Ambitionen geführt. So bezeichnete beispielsweise der dänische Ratsvorsitz es als „oberste Priorität, dass sich die EU im Jahr 2030 glaubwürdig verteidigen kann, als militärische Einheit neben der NATO“. Der zyprische Ratsvorsitz möchte „die Bedeutung der Fähigkeit Europas stärken, im Bereich Geopolitik und Verteidigung unabhängig zu handeln, einschließlich einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO“. Der zyprische Ratsvorsitz hat damit die oberste Priorität seines dänischen Vorgängers fallen gelassen: Die EU soll nicht neben, sondern in Zusammenarbeit mit der NATO handeln. Bemerkenswert ist dabei, dass Zypern selbst kein Mitglied des Nordatlantikpakts ist. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO hat sich in letzter Zeit in der Tat verstärkt: institutionalisierte Konsultationen sowohl auf politischer als auch auf exekutiver Ebene.

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine ist die Europäische Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen auf der Grundlage von Artikel 42 des EU-Vertrags wie nie zuvor im Bereich Sicherheit und Verteidigung aktiv geworden. Es ist kein Zufall, dass bei dem neuen Mandat der Kommission zwei ehemalige Premierminister aus den baltischen Staaten eine Schlüsselrolle spielen. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Kommission ist Kaja Kallas aus Estland. Die Kommission hat Ende 2024 erstmals einen Kommissar für Verteidigung ernannt, Andrius Kubilius aus Litauen. In der Zwischenzeit hat die Kommission ein „Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“ veröffentlicht. Bis zu diesem Jahr soll die EU „voll und ganz militärisch gerüstet“ sein. Aufträge an die europäische Verteidigungsindustrie und die gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung sollen nachdrücklich gefördert werden. Im Rahmen des Plans „ReArm Europe“ wurde eine Reihe von Initiativen ergriffen, darunter die Einrichtung eines Verteidigungsfonds.

Das Bestreben, die Abhängigkeit Europas von den USA zu verringern, wurde bekanntlich durch das Auftreten von Präsident Trump erheblich vorangetrieben. Offene Kritik an der EU, die Absicht, sich Grönland einzuverleiben, Drohungen, die NATO zu verlassen: Die europäischen Beziehungen zu den USA haben einen historischen Tiefpunkt erreicht.

Es stellt sich jedoch die Frage, wie realistisch die von der Kommission formulierten Ambitionen sind. Im Gegensatz zur NATO ist die EU institutionell kaum auf Sicherheit und Verteidigung ausgerichtet, und sie verfügt auch nicht über eine integrierte Militärstruktur. Im Bereich Waffensysteme besteht nach wie vor eine starke Abhängigkeit von den USA.

Gemeinsame europäische Rüstungsprojekte und die gemeinsame Beschaffung werden häufig durch wirtschaftlichen Wettbewerb und militärisch-technische Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigt. Kommissionsmitglied Kallas spricht sich übrigens gegen die „dänische“ oberste Priorität einer europäischen militärischen Einrichtung neben der NATO aus. Für sie kommt „eine europäische Armee mit eigenen Kommandostrukturen“ neben der NATO nicht infrage. Gleichzeitig scheint die Rivalität zwischen dem Rat und der Kommission erneut stark zugenommen zu haben: Für Sicherheit und Verteidigung sind doch in erster Linie die Regierungen zuständig?

Eine europäische Sicherheitspolitik erfordert vor allem eine wirksame gemeinsame Außenpolitik. Mit Ausnahme der Unterstützung der Ukraine nach der russischen Aggression und der entschlossenen Reaktion auf die Drohung Trumps, Grönland gewaltsam einzunehmen, zeichnet sich die Außenpolitik der EU vor allem durch Uneinigkeit aus. Was das Vorgehen Israels im Gazastreifen und im Westjordanland und den Krieg gegen Iran und die Hisbollah im Libanon betrifft, war die EU nicht in der Lage, geschlossen zu handeln. Abschaffung des Vetorechts? Insbesondere die größeren Länder wollen nicht von kleineren überstimmt werden, die weniger Verantwortung übernehmen können. Im Gegensatz zu globalen Akteuren wie den USA und China ist die EU keine Föderation mit einer Zentralregierung. Mit 27 Ländern ist es auch weiterhin schwierig, sich in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zu einigen. Glücklicherweise hat Ungarn nun eine EU-freundliche Regierung, die von einem ehemaligen Mitglied des Europäischen Parlaments geleitet wird. Im Bereich Sicherheit und Verteidigung ist die Beteiligung des Vereinigten Königreichs unerlässlich. Um die Fähigkeit zur Reaktion auf größere Krisen zu erhöhen, scheinen „Koalitionen der Willigen“ unumgänglich zu sein. Vielleicht sind wir Trump irgendwann noch einmal dankbar dafür, dass er dem Streben nach einem starken und autonomen Europa einen so starken Impuls gegeben hat. Die Schaffung einer gerechten Weltordnung dürfen wir wirklich nicht den USA und China überlassen.

Bob van den Bos

ELDR, Niederlande (1999-2004)

Eine inklusive und kohärente Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit im Digitalbereich

Im März hatte ich die Ehre, am Online-Programm des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments zum zyprischen EU-Ratsvorsitz teilzunehmen und mich mit einer Reihe interessanter Referenten auszutauschen, unter anderem mit Nicodemos Damianou, dem Staatsminister für Forschung, Innovation und Digitalpolitik. Da sich der zyprische EU-Ratsvorsitz nun seinen letzten Wochen zuneigt, gilt es, darüber nachzudenken, was seine Agenda in den Bereichen Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit für die EU bedeuten kann.

Der zyprische Ratsvorsitz fiel in eine Zeit, in der „Wettbewerbsfähigkeit“ in Brüssel zu den am häufigsten zu hörenden Begriffen zählte. Statt auf die allgemeinen Aspekte dieser Debatte einzugehen, möchte ich mich auf die Ausrichtung Nikosias in Bezug auf die Agenda für den Digitalbereich konzentrieren und darlegen, dass es wichtig ist, dem Begriff „Wettbewerbsfähigkeit“ konkrete Bedeutung zu verleihen und ihn zur Anwendung zu bringen.

Im Digitalbereich darf Wettbewerbsfähigkeit nicht einfach nur bedeuten, Vorschriften um ihrer Verringerung willen aufzuheben. Sie muss stattdessen bedeuten, dass die EU-Vorschriften klarer, kohärenter und leichter umsetzbar gestaltet werden, insbesondere für Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, Start-up- und Scale-up-Unternehmen. Als Mitglied des Europäischen Parlaments in der letzten Wahlperiode habe ich unmittelbar an mehreren wegweisenden Dossiers im Digitalbereich mitgewirkt, unter anderem am Gesetz über digitale Dienste, am Gesetz über digitale Märkte, an Rechtsvorschriften zum Datenschutz und an der Verordnung über künstliche Intelligenz. Diese Rechtsakte waren notwendig, um in der digitalen Welt, die sich allzu oft wie der „Wilde Westen“ anfühlte, für Ordnung zu sorgen. Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass Unternehmen heute mit einem komplexen Geflecht aus Verpflichtungen, Fristen und Durchsetzungsstrukturen konfrontiert sind. Die Herausforderung besteht nun darin, dieses Labyrinth in eine Karte zu verwandeln: durch die Straffung der Compliance-Maßnahmen, eine realistische Abfolge der Verpflichtungen und einen einfachen Test für jede neue Initiative, der in der Frage besteht „Bringt sie mehr Klarheit?“. In diesem Zusammenhang ist die Arbeit des Ratsvorsitzes im Rahmen der Agenda zur digitalen Vereinfachung von großer Bedeutung.

Bei der Wettbewerbsfähigkeit im Digitalbereich geht es auch darum, die richtigen Kämpfe zu wählen. Während es für die EU schwierig sein kann, China und die Vereinigten Staaten in puncto Subventionen und Größenordnung zu übertrumpfen, kann sie doch durch Innovation eine Vorreiterrolle einnehmen, und zwar in Bereichen, in denen Regulierung, Industriepolitik und Forschung dieselbe Richtung vorgeben. Saubere Technologie, Cybersicherheit, verantwortungsvolle KI und vertrauenswürdige Datenräume sind für die wirtschaftliche Zukunft der EU von zentraler Bedeutung.

Dieser umfassendere Ansatz schlägt sich bereits in einigen wichtigen Dossiers nieder, bei denen während dieses Ratsvorsitzes Fortschritte erzielt wurden. Im März 2026 erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine politische Einigung über eine umfassende Reform der EU-Zollunion, einschließlich einer neuen EU-Zollbehörde und einer EU-Zolldatenplattform, die entwickelt wird, um eine stärker datengestützte Zollarchitektur zu unterstützen. Im Mai 2026 erzielten die Legislativorgane auch eine vorläufige Einigung zur Digital-Omnibus-Verordnung zur KI, um bestimmte Aspekte der Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz zu vereinfachen und Unternehmen größere Rechtssicherheit zu bieten.

Rechte und Inklusion sollten ebenso Kernelemente der Agenda des Ratsvorsitzes bleiben. Als kleiner und am Rand gelegener Mitgliedstaat ist Zypern in einer guten Position, um die EU im Rahmen des Ratsvorsitzes daran zu erinnern, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht auf wenige digitale Knotenpunkte konzentrieren darf. Sie muss auch kleine und mittlere Unternehmen, Start-up-Unternehmen und Gebiete in Randlage erreichen, damit diese nicht von Europas Wachstum im Digitalbereich ausgeschlossen werden.

Der Mythos, dass ein auf Rechten basierendes Digitalmodell eine Schwäche ist, muss fortwährend hinterfragt werden. Der bürgerorientierte Ansatz der EU, der sich von der Sicherheit von Kindern im Internet über faire Verfahren der Plattformen bis hin zum Schutz vor algorithmischer Diskriminierung erstreckt, kann eine Stärke sein, wenn er auf der Grundlage von Fakten, unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit und mit Rechtssicherheit umgesetzt wird. Dies gilt auch für die Verhandlungen über die vorgeschlagene Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern, mit der die EU Kinder vor Online-Missbrauch schützen soll, während Grundrechte und andere wichtige Elemente gewahrt werden. Die Trilogie zu dem Vorschlag begannen unter dem dänischen Ratsvorsitz und die Arbeit wurde unter dem zyprischen Ratsvorsitz nun fortgesetzt.

Zypern kann die Herausforderungen Europas in den Bereichen Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit nicht alleine bewältigen, doch der Ratsvorsitz kann bis zu seinen letzten Wochen einen wichtigen Akzent setzen: Wettbewerbsfähigkeit durch Kohärenz statt Chaos, Souveränität als Offenheit mit Sicherheitsvorkehrungen anstelle von Isolation und Digitalpolitik als Rückgrat der wirtschaftlichen Erneuerung Europas und nicht als regulatorische Trophäensammlung. Dies kann auch dazu beitragen, dass die Arbeit des Rates den Stimmen all jener, die in der Praxis von den Vorschriften betroffen sind, konsequenter Rechnung trägt, darunter kleine und mittlere Unternehmen, Start-up-Unternehmen, Verbraucher und Gebiete am Rande der digitalen Entwicklung Europas.

Nun, da sich der zyprische Ratsvorsitz seinem Ende nähert, gilt es, anzuerkennen, dass er komplexe Dossiers in einem schwierigen geopolitischen Kontext vorangetrieben hat. Ich wünsche ihm viel Erfolg dabei, weitere wichtige Vorhaben im Digitalbereich und darüber hinaus voranzutreiben und, wo möglich, zum Abschluss zu bringen.

Josianne Cutajar

S&D, Malta (2019-2024)

50-jähriges Jubiläum des Europäischen Hochschulinstituts

Das Europäische Hochschulinstitut (EHI) feiert im Jahr 2026 das 50-jährige Jubiläum seines Bestehens. Dieser freudige Anlass ist eine Gelegenheit, die Aufgaben des EHI vorzustellen, einer Institution, an dessen Anfang das Bestreben stand ein intellektuelles Zentrum im Herzen der europäischen Integration zu errichten.

Die Jubiläumsfeiern des EHI sind Teil der neuen Strategie des Instituts für den Zeitraum von 2026 bis 2031 mit Prioritäten, die von der Nachhaltigkeit bis zur geistigen Neugestaltung von Europa reichen, wobei Forschung, Lehre und der Kontakt mit der Öffentlichkeit gefördert werden, wodurch die Rolle des EHI als einer der Grundpfeiler der europäischen Wissenschaft gefestigt wird.

Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung brachte das EHI seine gesamte akademische Gemeinschaft, seine Alumni und externe Akteure aus aller Welt zu einer Reihe von Veranstaltungen zusammen, um die Bedeutung dieses Anlasses zu unterstreichen. Die Feierlichkeiten waren zudem eine Gelegenheit, die starken Beziehungen zwischen Europa und der lokalen Bevölkerung zu stärken.

Die Eröffnungsfeier, die am 7. Mai am Standort des jährlichen Musikfestivals „Maggio Musicale Fiorentino“ stattfand, diente als Katalysator, der die lokale, nationale und europäische Ebene zusammenbrachte und ein vielfältiges Publikum aus Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern, Praktikern, Akteuren der Zivilgesellschaft und Freunden des EHI anzog. Alle kamen mit ihren ganz eigenen Gedanken zum Europa von morgen: hochrangige Vertreter der Kommunalbehörden hielten die Begrüßungsreden. Anschließend führte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, einen Dialog mit Oberschülern der Stadt. Der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, wurde vom Chef des Brüsseler Büros der „Financial Times“ interviewt. Es folgte eine programmatische Rede des portugiesischen Staatspräsidenten António Seguro. Danach verlieh der rumänische Bildungsminister eine Auszeichnung in Anerkennung des Beitrags der EHI zur europäischen wissenschaftlichen Forschung, und der berühmte Wissenschaftler und Intellektuelle Professor Sabino Cassese erhielt den neu ausgelobten „Reimagining Europe Award“.

Am selben Nachmittag wurde ein Ministergipfel organisiert, an dem die für das EHI zuständigen Minister der Mitgliedstaaten sowie die Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Roxana Mînzatu, teilnahmen, auf dem erörtert wurde, wie Universitäten, Forschungseinrichtungen und Hochschulsysteme zur Zukunft Europas beitragen können. Zu den zahlreichen Ministerdelegationen, die daran teilnahmen, gehörten der rumänische Bildungsminister Mihai Dimian, sein kroatischer Amtskollege Radovan Fuchs, der irische Minister für Hochschulbildung und Forschung James Lawless und die luxemburgische Ministerin für Digitalisierung, Hochschulbildung und Forschung Stéphanie Obertin sowie zahlreiche Staatssekretäre und andere hochrangigen Vertretern der Ministerien. Die Mitgliedstaaten verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung zur Rolle der Hochschulbildung und der Forschung bei der Stärkung Europas sowie zum EHI als einem wichtigen Raum der akademischen Freiheit und der intellektuellen Unabhängigkeit, wobei sie dieses Wesensmerkmal hervorhoben, wenn es gilt, die Bindung zwischen den europäischen Ländern zu stärken. Die Erklärung wird vom EHI auf der bevorstehenden zwischenstaatlichen Tagung des Europäischen Hochschulraums (EHR) im Mai 2027 präsentiert.

Die enge Verbindung zur Region um Florenz und Fiesole wurde durch die Einweihung des neuen Ausstellungsraums „OPEN“ bereichert. Die Ausstellung wurde vom Direktor des Museo Novecento kuratiert, in der Werke von sechs zeitgenössischen Künstlern gezeigt werden. Damit wurden die Bürger Florenz am neuesten Standort des EHI, dem Palazzo Buontalenti, zu einem Dialog zwischen Kunst, Politik und Wissenschaft zur Erkundung der verborgenen Grundlagen des Wirtschaftslebens eingeladen. In kostenlosen Führungen können sie nun ein der bislang wohlgehütetes Juwel der Stadt bewundern.

Am zweiten Tag der Festlichkeiten sollten die Kernaufgaben des EHI veranschaulicht werden, nämlich Forschung und Lehre. Dies geschah am 8. Mai im Rahmen des Forschungs- und Begegnungsfestivals „EUIdeas: The Power of Knowledge“, das erneut Gelegenheit zum Austausch und zur Reflexion über die für Europa relevantesten Themen bot, wozu die künstliche Intelligenz, Demokratie, die Rolle der Kultur, die Umwelt sowie weitere bedeutende gesellschaftliche und geopolitische Veränderungen unserer Zeit gehören. Die Anwesenheit zahlreicher namhafter Gäste und Referenten auf dem EHI-Campus – darunter Professoren von Weltrang, politische Entscheidungsträger und Vertreter der europäischen Institutionen – sorgte für einen gelungenen Tag, an dem der Weg für künftige Veranstaltungen dieser Art geebnet wurde. Die dreitägigen, wegweisenden Veranstaltungen fanden am Europatag, dem 9. Mai, mit einem Tag der offenen Tür im Historischen Archiv der EU ihren Abschluss.

Am zweiten Tag der Feierlichkeiten beehrte der italienische Staatspräsident , Sergio Mattarella, zudem das Institut mit einem besonderen privaten Besuch der Fakultät für europäische und transnationale Governance im Palazzo Buontalenti.

Während dieser dreitägigen Feierlichkeiten freuten wir uns sehr, zahlreiche Alumni sowie ehemalige Mitarbeiter, Dozenten und Führungskräfte des EHI wieder begrüßen zu dürfen, die sowohl als Gäste als auch als aktive Teilnehmer ihre persönlichen Reflexionen über das EHI und Europa kundtaten. Hervorzuheben wäre auch die EHI-Absolventin und spätere Präsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Siofra O’Leary, die in der Eröffnungssitzung von EUIdeas über das Thema der akademischen Freiheit sprach. Dies alles hat deutlich gezeigt, welche Bedeutung das EHI in den ersten 50 Jahren seines Bestehens gespielt hat, indem es sich zu einem wichtigen Akteur in Europa für die Ideen, Theorien und Menschen gemausert hat, die Europa und unser tägliches Leben auch in den nächsten 50 Jahren und darüber hinaus prägen werden.

Botschafter Armando Barucco

EHI-Generalsekretär

Debatte über Europa mit jungen Menschen im Historischen Archiv des Europäischen Parlaments in Florenz

Ich durfte an einer weiteren Initiative im Rahmen der Zusammenarbeit unseres Vereins mit Bildungseinrichtungen, die die Debatte über Europa fördern wollen, teilnehmen. Diesmal handelte es sich um ein Projekt im Historischen Archiv des Europäischen Parlaments in Florenz. Das Programm, in dessen Rahmen diese Initiative stattfand, weist interessante Merkmale auf: Das Historische Archiv organisiert Besuche von Sekundarschulklassen, in deren Rahmen manchmal – wie es hier der Fall war – eine originelle Debatte über Europa abgehalten wird. Diesmal sollten die Schülerinnen und Schüler eine greifbare Referenz mitbringen, ein persönliches oder bekanntes Objekt, das sie geprägt hat. Gleiches galt für die Referentin.

In den Redebeiträgen merkte ich nach und nach, dass die Jugendlichen sich viele Gedanken darüber gemacht hatten, welche Gegenstände sie mitbringen sollten, die sie auf irgendeine Weise in der Geschichte der Europäischen Union verankern oder mit ihr verbinden. Mit ihrem „politischen Widerspruch“, der als „Normalität“ dargestellt wurde, stachen zwei Fälle besonders heraus: Eine junge Frau zeigte Medaillen, die ihr Großvater für seinen Einsatz als partigiano erhalten hatte. Dieser Begriff bezeichnet Zivilpersonen, die im Zweiten Weltkrieg in Italien gegen den Faschismus kämpften. Eine andere hatte eine Urkunde dabei, die ihr Großvater – ein Bildhauer – erhalten hatte, unterzeichnet von Viktor Emanuel III. und Mussolini. Beide präsentierten ihre Objekte mit unglaublichem Stolz.

Meine Referenz war deutlich zeitgenössischer: Ich brachte zwei Medaillen mit, die mich mit der EU verbinden. Eine für 20 Jahre als Beamtin bei der Europäischen Kommission, die andere für meine Tätigkeit als Mitglied des Europäischen Parlaments. Dann begann die Debatte über die EU: über die Organe der EU, die europäische Politik, die Bedeutung der EU für junge Menschen, aber auch darüber, wie wichtig es ist, die Demokratie in den Mitgliedstaaten und in der EU zu schützen. Es war eine sehr lebhafte Diskussion.

Für mich war es jedoch auch eine Gelegenheit, das Historische Archiv des Europäischen Parlaments zu besuchen, das ich tatsächlich noch nie selbst gesehen hatte. An dieser Stelle möchte ich Sie gerne einladen, das Archiv ebenfalls zu besuchen und mit ihm zusammenzuarbeiten. Bei meinem Besuch durfte ich zwei besonders interessante Dinge mit eigenen Augen sehen: Dokumente, die die Verhandlungen Portugals mit der damaligen EWG zeigen – ich denke, ich komme nochmal, um eingehendere Forschungen anzustellen –, und die Erinnerung an ein unvergessliches Erlebnis, das ich in den ersten Monaten der EU-Mitgliedschaft Portugals machen durfte, denn ich war eine der portugiesischen Frauen, die zu der betreffenden Gruppe gehörten.

Im Februar 1986 lud das Mitglied des Europäischen Kommission Manuel Marin 25 Portugieserinnen und 50 Spanierinnen – Portugal und Spanien waren am 1. Januar 1986 beigetreten – ein, die damals zehn Mitgliedstaaten zu besuchen. Jeweils eine Gruppe aus fünf Portugieserinnen und zehn Spanierinnen besuchte zwei Länder. Meine Gruppe reiste nach Griechenland, also in einen recht neuen Mitgliedstaat, und in die Niederlande, eines der Gründungsmitglieder. Anschließend trafen wir uns mit allen 75 Frauen in Brüssel. Organisiert hatte das Ganze Fausta Deshormes, die damals – wenn ich mich recht erinnere – Leiterin des Referats für Gleichstellungspolitik der Europäischen Kommission war.

Im Historischen Archiv des Europäischen Parlaments entdeckte ich die Presseunterlagen zu dieser Initiative mit Zeitungsausschnitten über die Veranstaltung aus allen EU-Ländern. 40 Jahre später war das eine ganz besondere Erinnerung.

Margarida Marques

S&D, Portugal (2019-2024)

Die EU in Einem Turbulenten Globalen Handelssystem

Am 17. März 2026 hielt ich im Rahmen des Programms „EP to Campus“ einen Online-Vortrag für den Fachbereich Politik, Sprachen und Internationale Studien der Universität Bath zu einem sehr wichtigen und hochaktuellen Thema: „Die EU in einem turbulenten globalen Handelssystem“. Der Vortrag war Teil eines Moduls zur Welthandelsordnung und -politik und wurde von Studierenden im letzten Studienjahr der Fachrichtungen Politik mit Wirtschaft bzw. Politik und Internationale Beziehungen, aber auch von Studierenden des Masterstudiengangs Europastudien besucht.

Ausgangslage waren natürlich die verstörenden, chaotischen und rechtswidrigen Handelskriege, die Donald Trump während seiner ersten Amtszeit angezettelt hat und auch in seiner zweiten Amtszeit wieder führt. Die Begründungen von Donald Trump zum Handelsdefizit der USA und der angebliche Sicherheits- oder Staatsnotstand wurden eingehend analysiert, ebenso wie die von der Trump-Regierung eingesetzten Druckmittel – vor allem Zölle –, um die wirtschaftlichen und politischen Ziele von „Amerika zuerst“ durchzusetzen, unter anderem in Fragen wie der Migrationskontrolle an der Grenze zu Mexiko, den unabhängigen Urteilen des Obersten Gerichtshofs Brasiliens im Fall Bolsonaro, den EU-Vorschriften im digitalen Bereich und entsprechenden Geldbußen, den Verteidigungsausgaben der NATO oder die Causa Grönland, um nur einige Beispiele zu nennen. Ein besonderes Augenmerk wurde auf den von Trump ausgerufenen „Tag der Befreiung“ gelegt, wie auch auf die sogenannten „Gegenzölle“, die später vom Obersten Gerichtshof der USA für rechtswidrig eingestuft wurden. Es wurden auch die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieser aggressiven Haltung der USA in der Außen- und Handelspolitik erörtert, ebenso wie ihre äußerst schädlichen Auswirkungen auf die multilaterale, regelbasierte internationale Handelsordnung und auf die Welthandelsorganisation.

Die Antwort der EU auf diese beispiellosen Herausforderungen war eines der zentralen Themen meines Vortrags und spielte auch in der lebhaften Fragerunde mit den Studierenden eine wichtige Rolle. Ich hatte die Gelegenheit, die Aussprachen im Europäischen Parlament über das im Juli 2025 in Turnberry vereinbarte Handelsabkommen zwischen der EU und den USA zu schildern und zu erläutern, dass die vom Europäischen Parlament beim Europäischen Gerichtshof angeforderte Stellungnahme zum Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur weder dessen vorläufiger Anwendung im Wege steht noch der rechtskräftigen Entscheidung des Parlaments über das Abkommen vorgreift. Vor allem habe ich betont, dass die EU trotz der gewöhnlichen Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung in der Lage war, auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren, indem sie ihre Befugnisse voll ausschöpft, um die bereits laufenden Handelsverhandlungen mit anderen relevanten Akteuren voranzutreiben, mit dem Ziel, dass die EU ihre Handelspartnerschaften und Lieferketten diversifizieren kann. Ich wies darauf hin, dass die Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur sowie zwischen der EU und Indien sowohl aus strategischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht von besonderer Bedeutung sind, wobei auch andere Handelsabkommen im Gange sind, darunter die mit Australien, Indonesien und Mexiko.

Schließlich wurden auch die Aussichten für einen möglichen „Neustart“ der Wirtschaftspartnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich erörtert, nun, da sich dort die mit dem Brexit verbundenen Illusionen zu verflüchtigen scheinen und die Realität immer deutlicher zum Vorschein kommt. Auf der Grundlage des bereits bahnbrechenden

Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zeigt die vielversprechende Agenda für einen „Neustart“, die im Mai 2025 gemeinsam vereinbart wurde, dass die EU und das Vereinigte Königreich ohne Zweifel gemeinsam noch viel mehr erreichen können, um ihre gemeinsamen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen.

Ich war hin und weg, wie versiert die Studierenden der Universität Bath im Bereich des internationalen Handels sind, und es hat mich mehr gefreut, wie sehr sie sich für das Eintreten der EU mittels ihrer Handelspolitik für ein regelbasiertes globales Handelssystem interessieren.

Pedro Silva Pereira

S&D, Portugal (2014-2024)

Auf dem Weg zu Einer Europäischen Strategie für Nachhaltigen Tourismus

Im Rahmen der von der Universität Oviedo organisierten Vortragsreihe hatte ich am 15. April die Gelegenheit, auf Einladung der Universität am Campus in Gijón an einem Vortrag mit dem Titel „Das Europäische Tourismusprogramm 2030: Auf dem Weg zu einer europäischen Strategie für nachhaltigen Tourismus“ teilzunehmen.

Die Veranstaltung fand an der Fakultät für Handel, Tourismus und Sozialwissenschaften statt und richtete sich an Studierende des ersten und zweiten Studienjahres des Bachelor-Studiengangs Tourismus. Anwesend waren zudem die Dekanin der Fakultät, Cristina López Duarte, sowie die Professorin Isabel González González.

Die Veranstaltung hatte ein dynamisches Format, das aus einem Vortrag und einer anschließenden Fragerunde bestand, was einen direkten und bereichernden Austausch mit den Studierenden ermöglichte. Von Anfang an wurde deutlich, welche strategische Rolle der Tourismus als einer der wichtigsten Wirtschaftsmotoren Europas spielt und welchen Einfluss er auf die Beschäftigung, den territorialen Zusammenhalt und die internationale Wahrnehmung der Europäischen Union hat.

Im Rahmen des Vortrags wurden die wesentlichen Punkte der Europäischen Tourismusagenda 2030 erörtert, wobei insbesondere darauf hingewiesen wurde, dass der Übergang zu einem nachhaltigeren, digitaleren, widerstandsfähigeren und wettbewerbsfähigeren Modell vorangetrieben werden müsse. Dabei wurde betont, dass das Wachstum des europäischen Tourismus nicht nur auf die Steigerung der Besucherzahlen ausgerichtet sein sollte, sondern dass auch auf eine Verbesserung der Qualität, der Nachhaltigkeit und der effizienten Verwaltung der Reiseziele hingewirkt werden sollte. Zudem wurde betont, dass reine Absichtserklärungen im Hinblick auf den Umweltschutz zu vermeiden sind und stattdessen auf echte Nachhaltigkeit gesetzt werden sollte, die auf Investitionen, Innovation und einer gemeinsamen Verantwortung des öffentlichen und privaten Sektors beruht.

Ebenfalls im Mittelpunkt standen Überlegungen zu den aktuellen Herausforderungen der Branche, wie etwa die uneinheitliche Rechtslage in den Mitgliedstaaten oder der zunehmende globale Wettbewerb. In diesem Zusammenhang wurde gefordert, die Koordinierung auf europäischer Ebene zu verstärken und schrittweise auf eine echte gemeinsame Tourismuspolitik hinzuarbeiten, die der gesamten Branche mehr Kohärenz und eine strategische Ausrichtung verschaffen kann.

Des Weiteren wurde analysiert, wie sich die aktuelle geopolitische Lage auf den internationalen Tourismus auswirkt. Insbesondere befasste man sich damit, welche Auswirkungen Konflikte wie der Krieg im Iran haben, in deren Folge bestimmte Reiseziele gestrichen oder für den Tourismus gesperrt wurden, was die globalen Touristenströme erheblich beeinträchtigt hat. Dabei wurde hervorgehoben, dass einige Länder, darunter Spanien, vorübergehend von einem solchen Umstand profitieren könnten, da sie als sichere und stabile Alternativreiseziele wahrgenommen werden. Anhand dieser Analyse konnte den Studierenden vermittelt werden, wie wichtig es ist, den Tourismus nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus geopolitischer Perspektive zu betrachten.

Besondere Aufmerksamkeit galt auch der Rolle Spaniens als internationaler Maßstab für den Tourismus, wobei insbesondere die Stärken des Landes in den Bereichen Infrastruktur und Anbindung sowie sein großer Erfahrungsschatz hervorgehoben wurden. Vor diesem Hintergrund wurde die Möglichkeit ins Spiel gebracht, dass Spanien eine Vorreiterrolle für eine stärkere europäische Integration in diesem Bereich übernehmen und so dazu beitragen könnte, das Tourismusmodell der Zukunft zu gestalten.

Die Veranstaltung zeichnete sich zudem durch ihren partizipativen Ansatz aus, wobei sich die Beiträge und Fragen der Studierenden auf Themen wie die Beschäftigungslage in der Branche, die Herausforderungen in Bezug auf Nachhaltigkeit oder die Auswirkungen neuer Technologien konzentrierten. Durch diesen Austausch konnten die Studierenden einen Einblick in die Arbeitsweise der europäischen Institutionen gewinnen und ihr Interesse an der Rolle der Europäischen Union bei der Gestaltung der öffentlichen Politik wurde geweckt.

Abschließend wurde hervorgehoben, dass die Europäische Union angesichts der großen Herausforderungen im Tourismusbereich einen unverzichtbaren Rahmen bildet, wobei betont wurde, dass die Zukunft der Branche von einer stärkeren Integration, einer gemeinsamen strategischen Vision und einem entschlossenen Bekenntnis zu Nachhaltigkeit und Innovation abhängt.

José Ramón Bauzá Díaz

RE, Spanien (2019-2024)

Entwicklung der Sozialen Dimension der EU

Am 22. April fand unter dem Vorsitz der Dekanin der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Professorin für Finanz- und Steuerrecht der Universität Oviedo, Ana I. González, eine Vortragsreihe mit anschließendem Kolloquium statt, an dem Dozenten und Studierende des Campus Gijón teilnahmen.

Damit sollte den Studierenden die Rolle der Sozialpolitik im Rahmen der europäischen Integration nähergebracht werden, damit sie ihren Wert verstehen. Der Referent erklärte, wie wichtig die Sozialpolitik sowohl für die Entstehung europäischer Gemeinschaften als auch im Zusammenhang mit der Politik der Union und der Zukunft des europäischen Projekts ist.

Unter Berufung auf umfangreiche Belege brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Übernahme sozialer Verantwortung – auch wenn dies oft übersehen wird – eine unabdingbare Voraussetzung für die Entstehung einer europäischen Gemeinschaft sowie für die Entwicklung und Intensivierung des Integrationsprozesses war und angesichts der komplexen Zukunft, die sich auf der internationalen Bühne abzeichnet, auch für das Fortbestehen des europäischen Projekts weiterhin unverzichtbar ist.

Die Bedeutung sozialer Verantwortung, die bereits bei der Gründung der ersten Gemeinschaften im Vordergrund stand, zeigt sich sowohl in historischen Entwicklungen als auch in den Bestrebungen der Gründerväter nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwar ist allgemein bekannt, dass diese Entwicklung in erster Linie von dem Wunsch nach Versöhnung zwischen den Kriegsparteien und dem Vorsatz „Nie wieder Krieg“ nach den erlittenen Gräueltaten getragen wurde. Weniger bekannt, aber nicht weniger zutreffend ist jedoch der Umstand, dass das Bestreben nach Integration und die Dringlichkeit dieser Entwicklung aus dem Kalten Krieg, den Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion und der Angst herrührten, dass der Kommunismus unter den Arbeitern und der einfachen Bevölkerung Hoffnungen wecken und die Oberhand gewinnen könnte. Aus diesem Grund wurde bereits auf dem Haager Kongress eine politische Position vertreten, die auch von den großen politischen Parteien und Gewerkschaften in den westlichen Ländern geteilt wurde: Es sollte ein alternatives Modell zum kommunistischen System geschaffen werden, bei dem die im Westen propagierte Idee der freien Marktwirtschaft reformiert wird und das über ein Element der sozialen Verantwortung verfügt, woraus der sogenannte Wohlfahrtsstaat entstanden ist.

So gab es also von Beginn an und seit den Anfängen des vereinten Europas einen doppelten Pakt – einen Pakt zwischen den gemäßigten Kräften der sozialen Linken, den Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen sowie einen Sozialpakt zwischen den Gewerkschaften mit ihrem Reformgeist und den europäischen Arbeitgeberverbänden –, damit sich Europa zu einem Wirtschaftsraum mit einem hohen Maß an sozialer Absicherung, öffentlichen Dienstleistungen für Arbeitnehmer sowie Dialog und sozialer Konzertierung entwickeln konnte. Dieses Konzept wurde auch in den nachfolgenden Verträgen festgeschrieben. Zwar wurde die Ausarbeitung und konkrete Umsetzung dieser sozialen Verantwortung weitgehend den Staaten überlassen, und die Gemeinschaften und die Union haben sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip darauf beschränkt, Mindeststandards festzulegen sowie Unterstützung und Koordinierungsaufgaben zu leisten, doch stand dies der Entwicklung einer Vielzahl von Regelungen und Förderprogrammen sowie einer starken Kohäsionspolitik und eines leistungsfähigen Europäischen Sozialfonds nicht entgegen.

Aufgrund der Lehren, die aus den sozialen Folgen der großen Polykrise von 2008, der Migrationskrisen sowie der COVID-19-Pandemie und ihrer Nachwirkungen gezogen wurden, hat diese Verantwortung, die zeitweise ins Stocken geraten war, neuen Auftrieb gewonnen und schließlich wurde nach der Verkündung der Europäischen Säule sozialer Rechte im Jahr 2017 und des dazugehörigen Aktionsplans die gemeinschaftliche Dimension der Sozialpolitik in ihren vier Ausprägungen (Regulierung, Zusammenarbeit, Förderung und Finanzierung) intensiviert und vertieft, um menschenwürdige Beschäftigung, die Integration benachteiligter Gruppen, Gesundheit für alle sowie ausreichende und tragfähige Renten zu fördern.

Abschließend lag der Fokus auf künftigen Herausforderungen und Fragen der Nachhaltigkeit in einer Welt, die von hartem Wettbewerb und Konflikten geprägt sein dürfte. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung in Europa zunehmend altert, was zu Unsicherheit, Ängsten und Zweifeln führt und die bestehenden Bündnisse schwächt, was zur Folge hat, dass die Menschen die Vorteile des seit Langem bestehenden Friedens nicht mehr in vollem Umfang genießen können.

Der Referent erachtet Europa als demokratisches Projekt, für dessen Fortbestand das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich ist und die Versuchung, sich in den vermeintlichen Schutz des Neonationalismus zu flüchten, vermieden werden muss. Zu diesem Zweck müssen die Bürgerinnen und Bürger weiterhin verstehen, dass die Union ihnen in den Bereichen, die ihnen am wichtigsten sind, nämlich Beschäftigung, Gesundheit, Renten, Pflege und sozialer Frieden, Sicherheit bietet.

Deshalb stellt sich nicht so sehr die Frage, ob das europäische Sozialmodell eine Zukunft hat, sondern vielmehr, ob Europa ohne sein Sozialmodell überhaupt eine Zukunft hat. Für den Referenten und die meisten Studierenden lag es auf der Hand, dass Europa auf keinen Fall seiner sozialen Verantwortung beraubt werden darf, wenn es fortbestehen soll.

Alejandro Cercas Alonso

PSE, SOC, S&D, Spanien (1999-2004, 2004-2009, 2009-2014)

**FOCUS: Ausstellung Zum 25-Jährigen Jubiläum Des
Vereins Der Ehemaligen Mitglieder Des Europäischen Parlaments (Vem)**

1.-5. Juni 2026

Mezzanin Yehudi Menuhin, Europäisches Parlament, Brüssel

**ZU EHREN DER EHEMALIGEN PRÄSIDENTEN DES VEM
LORD HENRY PLUMB UND JOSÉ MARÍA GIL-ROBLES**

„Wenn ich auf die letzten 20 Jahre zurückblicke, dann werde ich der Tatsache gewahr, dass wir das Privileg haben, einem Verein anzugehören, der uns die Möglichkeit bietet, über Nationalitäten und ideologische Gräben hinweg ein ganzes Netzwerk von Freundschaften zu knüpfen und sich auf vielfältige Weise kulturell bereichern zu lassen. Das allein ist schon ein Grund zum Feiern.“

– Lord Henry PLUMB

Ehrenpräsident des VEM

Präsident des VEM von 2001 bis 2006

Präsident des Europäischen Parlaments von 1987 bis 1989

„Der Verein hat eine Lücke geschlossen – eine, die sehr bedauerlich gewesen wäre. Er hat es uns, die wir einmal das europäische Volk vertreten haben, ermöglicht, in Kontakt zu bleiben, und es ist gelungen, auf das im Laufe der Jahre erworbene Wissen zurückzugreifen und sicherzustellen, dass dieses genutzt wird, um dieses zur Konsolidierung dieses Sui-generis-Gremium zu festigen, in dem unsere Friedensbemühungen gebündelt und kanalisiert werden.“

– José María GIL-ROBLES GIL-DELGADO

Präsident des VEM von 2006 bis 2010

Präsident des Europäischen Parlaments von 1997 bis 1999

Ausstellungskatalog herausgegeben von VEM-Vizepräsidentin Monica BALDI in Zusammenarbeit mit Elisabetta FONCK, Albertina FERREIRA MAGALHÃES und Sarah Carmel BLEAHEN sowie mit Unterstützung der Mitglieder des VEM-Redaktionsbeirats: Jean-Pierre AUDY, Manuel PORTO, Teresa RIERA MADURELL, Paul RÜBIG. Bilder der Panels erstellt von der Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments.

Die Artikel wurden professionell ins Deutsche übersetzt.

Einige Elemente wurden jedoch automatisch übersetzt und können kleinere Fehler enthalten.

FOCUS: Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola

Vor 25 Jahren gründete eine Gruppe ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments einen Verein in der Überzeugung, dass das Ende der Amtszeit nicht das Ende des Engagements für Europa bedeutete. Im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts hat sich Ihr Verein zu einem Netzwerk von mehreren hundert ehemaligen Mitgliedern entwickelt, die auf eine jahrzehntelange Tätigkeit zurückblicken und aus allen Mitgliedstaaten sowie allen Fraktionen stammen. Es handelt sich um ein Netzwerk, das das Parlament zutiefst schätzt und das Europa braucht.

Das Wissen und die Erfahrungen, die Sie während ihrer Laufbahn bei diesem Organ gesammelt haben, sind von großer Bedeutung. Als ehemalige Mitglieder verfügen Sie über Glaubwürdigkeit, Reichweite und umfangreiche Erfahrung, die Sie weiterhin sinnvoll einsetzen. Sie besuchen Schulen und Universitäten, stehen im Austausch mit der Zivilgesellschaft und mit Führungskräften aus der Wirtschaft, arbeiten mit Gesetzgebern und Behörden zusammen, beobachten Wahlen in Europa und darüber hinaus, und sind dort anwesend, wo die Präsenz und Unterstützung Europas am dringendsten benötigt wird.

Als Mitglieder wissen wir, dass Europa seine Versprechen einhalten kann, dass es sich jeden Tag für die Bürgerinnen und Bürger einsetzt, indem es verlässliche Standards setzt, Rechte schützt, Märkte öffnet und soziale Sicherheitsnetze aufbaut sowie seine Agenda in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit, Wohnen und Energie vorantreibt.

Heute braucht Europa all seine Botschafter, die ehemaligen ebenso wie die aktuellen Mitglieder. Angesichts des zunehmenden Drucks auf unsere demokratischen Organe ist es notwendig, dass Menschen, die aus eigener Erfahrung sprechen, sich in klarer und überzeugender Weise für die Sache Europas einsetzen.

Die Demokratie in Europa ist dank Ihrer Arbeit stärker geworden.

Die Amtszeit mag enden, doch die Arbeit geht weiter, wie Ihr Verein zeigt. Im Namen des Europäischen Parlaments danke ich Ihnen für Ihren Einsatz für Europa.

Roberta Metsola

Präsidentin des Europäischen Parlaments

FOCUS: Präsident Klaus Hänsch

Meine Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments erstreckte sich von 1994 bis 1997. Sie fiel in eine entscheidende Epoche, die sich mit den Nachwirkungen des Kalten Krieges überschneidet. Diese Zeit war von einem aufkeimenden Optimismus geprägt. Es war eine Zeit, in der sich die Architektur Europas im Umbruch befand. Während meiner Amtszeit wurden wir Zeugen der Erweiterung unserer Union durch den Beitritt Schwedens, Österreichs und Finnlands – eine Erweiterung, die sich seit Beginn dieses Jahrhunderts unvermindert fortgesetzt hat.

Dies waren tiefgreifende und greifbare Zeichen für die Annäherung eines Kontinents, doch inzwischen sind große wirtschaftliche und technologische Herausforderungen entstanden, welche die globale Ordnung erschüttern. Die Schaffung eines stärker geeinten Europas bildete die Blaupause für meine Rückkehr ins Europäische Parlament. Als Präsident des VEM leitete ich die Organisation auf der Grundlage gewisser Grundwerte.

Zunächst einmal stand die Einheit Europas stets im Vordergrund. Meine Kindheit verbrachte ich in einem Deutschland, das durch den Eisernen Vorhang geteilt war. Diese Erfahrung vermittelte mir ein tiefes Verständnis für das Streben nach Zusammenhalt. Die Wiedervereinigung Deutschlands war ein Symbol für das, was erreicht werden kann, wenn Grenzen verschwinden und eine Nation wieder vereint wird. Diese persönliche Geschichte hat meine Vision von einem geeinten Europa zutiefst geprägt. Heute, da Europa mit verschiedenen komplexen geopolitischen und internen Herausforderungen konfrontiert ist, bleibt das Gebot der Einheit so aktuell wie eh und je.

Ein weiterer – wenn nicht sogar der entscheidendste – Grundwert ist der unbeirrbare Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit. Die vergangenen Jahre haben das Fundament unseres gemeinsamen Vertrauens in unsere supranationalen Institutionen auf eine beispiellose Bewährungsprobe gestellt. In ihrem Gefolge haben wir diese Turbulenzen gemeistert und unser unerschütterliches Bekenntnis zur Integrität unter Beweis gestellt. Es war eine Prüfung unserer Belastbarkeit.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des VEM steht die Kultivierung des kritischen Denkens, wobei wir uns auf das aufstrebende Gebiet der künstlichen Intelligenz und dessen Auswirkungen auf unsere Gesellschaften konzentriert haben. Unsere Diskussionen waren einschneidend in Bezug auf die ethischen Dilemmas und die regulatorischen Herausforderungen, die mit tiefgreifenden technologischen Veränderungen einhergehen. Es ist unsere Pflicht, diese neue Herausforderung mit Ehrgeiz anzugehen und dabei stets umsichtige Vorausschau walten zu lassen. Die Politik darf sich dieser technologischen Revolution keinesfalls verschließen, sondern muss vielmehr den ethischen Kompass bieten, der diesen Prozess leitet.

Ich möchte eine Initiative des VEM erwähnen, die mir sehr am Herzen liegt und die Grundwerte des Vereins verkörpert. „EP to Campus“ ist ein Programm, mit dem wir uns bemühen, eine pro-europäische Gesinnung, aktives bürgerschaftliches Engagement und sogar künftige europäische Führungskräfte zu fördern. Im Rahmen dieses Programms werden Vorträge an höheren Schulen und Universitäten organisiert, die von unseren angesehenen Mitgliedern gehalten werden. Es ist eine Investition in das intellektuelle Kapital der nächsten Generationen und verdeutlicht, wie demokratische Resilienz auch durch Bildung gefördert werden kann.

Meine Wiederwahl zum Präsidenten des VEM im Jahr 2024 war eine große Ehre für mich. Seitdem habe ich einen starken Zustrom neuer Mitglieder im Zuge der EU-Wahlen 2024 miterlebt. Dieser Zustrom zeugt von einer lebendigen und wachsenden Gemeinschaft, die bestrebt ist, ihre Erfahrungen und ihr Wissen weiterzugeben. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des VEM unterstreicht dieses Wachstum die anhaltende Bedeutung unseres Vereins und seine zentrale Rolle bei der Bewahrung des Erbes der europäischen parlamentarischen Demokratie sowie unser ungebrochenes Engagement für die Zusammenarbeit mit ihren Institutionen.

Zum Abschluss meiner Amtszeit als Präsident blicke ich mit großem Stolz auf das zurück, was wir gemeinsam erreicht haben. Es war mir eine Ehre, mit so engagierten Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten, die unabhängig von ihren jeweiligen politischen Traditionen durch ein gemeinsames Engagement für die europäische Sache verbunden sind. Unsere Grundwerte stehen weiterhin im Mittelpunkt unseres Handelns, während wir unsere Erfahrungen aus der Arbeit im Europäischen Parlament in konkrete Beiträge umsetzen und so die demokratische Widerstandsfähigkeit unseres europäischen Projekts stärken.

Klaus Hänsch

Präsident des VEM von 2022 bis 2026

Präsident des Europäischen Parlaments von 1994 bis 1997

FOCUS: Präsident Pat Cox

In den 22 Jahren, in denen ich im VEM aktiv war, habe ich den Verein als Ort des Kontakts und Austauschs mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich zusammengearbeitet habe, als auch mit so vielen, die seitdem nachgetreten sind, schätzen gelernt. Ich hatte das Privileg, von 2010 bis 2014 als Präsident des VEM zu fungieren; dieses Amt wird seit unserem Gründungspräsidenten, dem verstorbenen Lord Henry Plumb, alle vier Jahre neu besetzt und wurde seither von einer Reihe ehemaliger Präsidenten des Europäischen Parlaments ausgeübt. Wenn ich auf diese Jahre zurückblicke, stechen für mich einige Höhepunkte besonders hervor.

Ein Studienbesuch in Island im Jahr 2010 gab uns einen Einblick, wie ein kleiner Staat außerhalb der EU mit den wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der globalen Finanz- und Bankenkrise umgeht. Die drei größten Banken des Landes sind 2008 zusammengebrochen. Die Behörden entschieden sich dagegen, sie zu retten, und ließen sie stattdessen auf Kosten ausländischer Investoren scheitern. Die Isländische Krone verlor zur Hälfte an Wert. Es wurden strenge Kapitalkontrollen eingeführt. Die Wirtschaft schrumpfte um mehr als 6 %. Die Inflation spitzte sich zu. Die Arbeitslosigkeit stieg. Die Immobilienpreise brachen ein. Island fand vorübergehend wieder zu seinem wechselhaften Flirt mit der EU-Mitgliedschaft zurück. Im Jahr 2011 zeichnete sich langsam eine Erholung ab. Bis 2017 hatte sich Islands Wirtschaft durch eine eigenständig entwickelte Lösung für eine globale Krise deutlich erholt. Bei einem Besuch des Stefansson Arctic Institute in Akureyri konzentrierten wir unsere Aufmerksamkeit auf arktische Themen, die angesichts der derzeitigen fragilen geopolitischen Lage, die geprägt ist von der Aggression Russlands und den hemisphärischen Ambitionen der MAGA-Bewegung, zweifellos eine größere strategische Rolle für unsere gemeinsame Zukunft spielen werden.

Als nächstes folgte im Jahr 2011 ein sehr intensiver Studienbesuch im russischen Moskau und Perm. Bei einem Treffen mit Fraktionen in der Staatsduma überreichte uns die Liberaldemokratische Partei ein kleines Fläschchen französisches Eau de Toilette, das auf etwas unpassende Weise nach dem Parteivorsitzenden als „Eau de Zhirinovsky“ benannt war. Bei der Zentralen Wahlkommission waren wir überrascht – ja sogar schockiert – über das Ausmaß der unprovzierten verbalen Aggression, die unser Gastgeber, der Vorsitzende der Wahlkommission Wladimir Tschurow, an den Tag legte. Als ehemaliger KGB-Mitarbeiter und Putin-Getreuer leitete er später im selben Jahr die viel kritisierten Duma-Wahlen sowie Putins Rückkehr ins Präsidentenamt im Jahr 2012. Symbolisch wurde er zum Inbegriff einer Ära massiver Wahlfälschungen, die zu großen Demonstrationen in Moskau und anderen Städten führten und den Aufstieg von Alexei Nawalny zu einer prominenten Persönlichkeit markierten. Nawalny starb 2024 in einer Strafkolonie in der Arktis an den Folgen einer tödlichen Vergiftung.

Ein kulturelles Highlight in Perm war ein Abend im wunderschönen Ballettheater. Unser letzter ernüchternder Besuch – 120 km nördlich von Perm – führte uns zu einem Arbeitslager aus der Sowjetzeit dem Gulag Perm-36 im Ural. Dieses war von 1943 bis 1988 in Betrieb und wurde später von der internationale öffentliche Bewegung Memorial in eine Gedenkstätte und ein Forum für Diskussionen über Demokratie umgewandelt. Am 9. April 2026 stufte der Oberste Gerichtshof Russlands Memorial als extremistische Organisation ein und unterstrich damit die revisionistische Entschlossenheit des Kremls, die Menschenrechtsarbeit zu unterdrücken, indem vergangene Exzesse ausgeblendet werden, um die gegenwärtigen zu rechtfertigen.

Der Studienbesuch in der Türkei im Jahr 2012 nach Ankara, Iznik (dem antiken Nicäa) und Istanbul bot einen umfassenden Einblick in die zivilisatorischen Wurzeln der heutigen Türkei und lieferte aufschlussreiche Erkenntnisse über den schwindenden Einfluss der EU auf die türkische Politik. Unser Besuch in der Großen Nationalversammlung fiel mit der Veröffentlichung des jährlichen Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission über die Türkei zusammen. Dieser Bericht, der noch wenige Jahre zuvor für umfangreiche Berichterstattung auf den Titelseiten der nationalen Politik- und Medienpresse gesorgt hatte, war zu diesem Zeitpunkt eher zu einer reinen Formalität als zu einer substantiellen Angelegenheit verkommen und wurde von der Türkei sowohl in Bezug auf Ton und Inhalt angefochten. Die ins Stocken geratene Dynamik in den Beitrittsverhandlungen trübte die Beziehungen, die zwar nach wie vor wichtig sind, für beide Seiten jedoch stärker von Distanz und Zweckmäßigkeit geprägt sind, als sie es unter anderen Umständen hätten sein können.

Ein Besuch in Tunesien im Jahr 2013 markierte einen Moment der Hoffnung in dem Land, in dem der Arabische Frühling seinen Anfang nahm. Der Reformprozess Tunesiens, der von politischen Morden überschattet war, wurde am Vorabend unserer Ankunft wieder aufgenommen. Der Präsident, der Premierminister, der Außenminister und alle politischen Fraktionen kamen mit uns zusammen. Die Aussicht auf eine tiefgreifende Verfassungsreform weckte Hoffnungen, und es stellte sich ein neues Gefühl des Optimismus ein. Tunesien entwickelte sich zu einem Hoffnungsträger in der Region Naher Osten und Nordafrika, was im Jahr 2015 durch die Verleihung des Friedensnobelpreises an das tunesische Quartett für den nationalen Dialog gewürdigt wurde. Wie bedauerlich, dass das Land seit 2021 unter Präsident Kais Saied auf einen populistisch-autoritären Kurs zurückgefallen ist – ein Hinweis darauf, wie schwierig es institutionell und politisch ist, die tief verwurzelten Folgen jahrzehntelanger Zentralisierung und Diktatur abzuschütteln.

Als ehemalige Mitglieder sind unsere politischen Mandate zwar abgelaufen, doch unsere Neugier, unser Interesse und unser Engagement bleiben bestehen. Der VEM bietet uns eine Plattform, um dieses Engagement aufrechtzuerhalten.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Vereins wünsche ich mir, dass dies noch lange so bleibt.

Pat Cox

Präsident des VEM von 2010 bis 2014

Präsident des Europäischen Parlaments von 2002 bis 2004

FOCUS: Präsident Enrique Barón Crespo

Europäische Politik: eine Schule der Demokratie

und des Friedens und des Zusammenlebens!

Mit diesen Worten begann ich meine Ansprache vor Besuchergruppen im Europäischen Parlament – eine Aussage von besonderer Bedeutung für diejenigen unter uns, die nach dem Kampf gegen die Diktatur in ihrem eigenen Land hierhergekommen sind. Eine Rückkehr in die Schule, verbunden mit der Erkenntnis, dass wir unseren Alltag und unser Leben mit Menschen aus Ländern teilen, von denen uns beigebracht wurde, sie mit Argwohn oder Abneigung als historische Feinde zu betrachten.

Die Erfahrungen des VEM zeigen, wie wertvoll diese tägliche demokratische Bildung ist. Entstanden aus einer Initiative meines Vorgängers, Präsident Sir Henry Plumb – der, nachdem er für seine Freiheit gekämpft hatte, sagte: „... Ich wurde als Engländer geboren. Ich werde als Europäer sterben ... als englischer Europäer“ –, hat sich der Verein zu einem lebendigen Zusammenschluss entwickelt.

Es ist nicht nur ein Verein für nostalgisch gestimmte ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die jährlichen Versammlungen sind ein angenehmes Wiedersehen, bei dem wir neben dem geselligen Beisammensein die Gelegenheit nutzen, uns über das große Projekt des Aufbaus eines friedlichen Europas auf dem Laufenden zu halten.

Von besonderer Bedeutung ist die bewegende Zeremonie zu Ehren und zum Gedenken der Verstorbenen. Als Präsident hatte ich die Ehre, den Verein bei seiner Einweihung durch unseren Schwesterverein in den Vereinigten Staaten im Kapitol in Washington zu vertreten. Die Beziehungen zu anderen Vereinen, beispielsweise dem kanadischen, und zu den Parlamenten der Mitgliedstaaten haben ein wertvolles Netzwerk der Freundschaft und Zusammenarbeit entstehen lassen.

Eine wichtige Initiative für junge Menschen ist das hervorragende Programm „EP to Campus“, das Universitätsbesuche umfasst, bei denen ehemalige Abgeordnete aus ihrer Erfahrung schöpfen, um den kulturellen und politischen Wert des Aufbaus eines geeinten und weltoffenen Europas zu vermitteln.

Ein Höhepunkt meiner Amtszeit war der Kontakt zum Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz, der auf Initiative der Vizepräsidentin Mónica Baldi zustande kam und eine fruchtbare Beziehung für Reflexion und Informationsaustausch mit der Gemeinschaft von Forschenden und Professorinnen und Professoren ermöglicht hat.

Von besonderem Wert ist die Zusammenarbeit mit dem hervorragenden historischen Archiv des EHI (ich habe meine persönlichen Unterlagen aus meiner Zeit in Europa dort hinterlegt, und wann immer ich eine Information benötige, steht sie mir sofort zur Verfügung).

Der Verein hat seine Arbeit gefestigt, indem zwei Fallstricke vermieden werden, die da wären: der Versuch, das aktive parlamentarische Leben fortzusetzen, indem die komplexen politischen Debatten entlang nationaler oder parteipolitischer Linien nachgestellt werden, und das Risiko, zu einem Reisebüro für Rentnerurlaube zu werden. Die vom Verein organisierten Arbeitsbesuche in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten während des jeweiligen sechsmonatigen Ratsvorsitzes – mit einem straffen Zeitplan, der die Ausdauer seiner Mitglieder auf die Probe stellt – zeugen von der Entschlossenheit, weiterhin an einem friedlichen, geeinten und demokratischen Europa mitzuwirken und ein solches weiter aufzubauen.

Enrique Barón Crespo

Präsident des VEM von 2014 bis 2018

Präsident des Europäischen Parlaments von 1989 bis 1992

FOCUS: Präsident Hans-Gert Pöttering

Es war mir eine Ehre, von 2018 bis 2022 als Präsident des VEM tätig zu sein. Das Wiedersehen mit ehemaligen Kolleginnen und Kollegen war immer ein wunderbares Erlebnis und hat mir große Freude bereitet.

Als Präsident des VEM war es mir stets ein Anliegen, dass unser Verein einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung der Europäischen Union leistet. Die entsprechenden Vorschläge wurden am 8. Dezember 2021 (d. h. vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022) auf der Grundlage der Ergebnisse einer Reflexionsgruppe angenommen.

Hier einige Auszüge aus unseren Empfehlungen:

Fünf allgemeine Leitlinien:

1. In Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union heißt es: „Die Werte, auf die sich die [EU] gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ Um sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU für Glaubwürdigkeit zu sorgen, sollten die oben definierten **Grundwerte und -prinzipien** der Union nicht auf bestimmte Politikbereiche beschränkt werden, sondern möglichst durch glaubwürdige und wirksame Durchsetzungsmechanismen bei allen Maßnahmen der EU berücksichtigt werden.

2. Um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen, muss der politische Wille vorhanden sein, die EU **handlungsfähig** zu machen, und zwar sowohl in Bezug auf Vorschriften (um eine Blockade zu vermeiden) als auch in Bezug auf Ressourcen. Dies ist der Schlüssel zum Erfolg der Union. Die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger müssen mit den notwendigen Instrumenten und Mitteln in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen verknüpft werden, damit die bedauerliche Kluft zwischen Erwartungen und Leistungen sowie zwischen ehrgeizigen Erklärungen und unzureichenden Ergebnissen geschlossen werden kann. Anstatt über mehr oder weniger Europa zu diskutieren, sollte das Leitprinzip darin bestehen, der EU das zu geben, was sie braucht, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entsprechend handeln zu können.

3. Alle **Instrumente und Mittel**, die derzeit in den Verträgen vorgesehen sind, sollten genutzt werden, einschließlich der verschiedenen Möglichkeiten, die bisher ungenutzt geblieben sind, nicht zuletzt die Möglichkeit einer **Vertragsänderung**, die stets darauf abzielen sollte, die Rechenschaftspflicht der Organe und das demokratische System der EU weiter zu stärken, insbesondere was die Rolle des Parlaments und die Beschlussfähigkeit des Rates betrifft, wodurch die Möglichkeit eines Vetos für jeden Mitgliedstaat beseitigt würde.

4. Bei allen von der EU ergriffenen Initiativen sollten die allgemeinen politischen Ziele der EU **verfolgt** und nicht behindert werden. Anders ausgedrückt: Die Politik der EU sollte wirtschaftliche Interessen (d.h. Wachstum und Wohlstand) mit sozialem Schutz (d.h. Wohlergehen und Wohlbefinden) **in Einklang bringen** und so eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft bilden, wobei auch hohe Umwelt- und Klimaschutzstandards zu berücksichtigen sind. Die Abschwächung des Klimawandels und die Anpassung daran erweisen sich als globale Herausforderung, die eine umfassende Umstrukturierung unserer Gesellschaften erfordert, um die Einführung nachhaltigerer und integrativerer Modelle zu ermöglichen. Die EU sollte die politischen, rechtlichen und finanziellen Mittel erhalten, die erforderlich sind, um in diesem Bereich weiterhin führend zu sein.

5. Die **Demokratie in der EU** sollte auf allen Ebenen (lokal, regional und national) unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gestärkt werden, und zwar durch eine stärker strukturierte Beteiligung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und der Organisationen der Zivilgesellschaft sowie durch eine stärkere Konzentration auf die Transparenz und Zugänglichkeit der Entscheidungsfindung in der EU. Eine solche Beteiligung soll weder die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente noch den Wahlprozess schwächen. Im Gegenteil: Die partizipative und die repräsentative Demokratie sollten als zwei sich gegenseitig verstärkende Grundsätze verstanden werden. Die Rolle der europäischen politischen Parteien sollte gestärkt werden, insbesondere bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Zehn konkrete Vorschläge:

1. Die derzeitige COVID-19-Pandemie hat uns unter anderem gezeigt, dass es mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere in **Notsituationen**, bedarf. Auf EU-Ebene sollten Mechanismen zur gegenseitigen Unterstützung und kurzfristigen Hilfe im Gesundheitsbereich eingerichtet werden. In dieser Hinsicht sollte die Solidarität, die den sogenannten „Corona-Nationalismus“ der ersten, auf die Mitgliedstaaten ausgerichteten Reaktion überwunden hat, in Verbindung mit den gemeinsamen Erfolgen bei der Bekämpfung der Pandemie als Grundlage für dauerhaftere Lösungen dienen. Die dringendste Frage sollte daher lauten: Wird die EU besser vorbereitet sein, wenn die nächste größere Katastrophe oder Krise eintritt?

2. In einer Welt, in der einzelne Mitgliedstaaten nicht mit globalen Supermächten konkurrieren können, die einseitig handeln, sollte eine echte **Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU** entwickelt werden, indem im Rat häufiger die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit angewandt wird (z. B. bei der Verhängung von Sanktionen) und alle Flexibilitätsinstrumente des Vertrags einschließlich der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit genutzt werden, um Blockaden zu vermeiden. Es muss eine gemeinsame und einsatzbereite Verteidigungskapazität entwickelt werden, damit die EU oder ihre Mitgliedstaaten in Not- oder Krisensituationen (z. B. am Flughafen Kabul) reagieren können. Unter diesen Umständen sollte der europäische Pfeiler der Nordatlantischen Allianz (NATO) gestärkt werden. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger von der EU erwarten. Es ist nur eine Frage des politischen Willens. Eine Umstellung auf eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten würde die Mitgliedstaaten von Vetospielern zu ehrlichen Vermittlern machen, die in der Lage sein sollten, in sensiblen und kritischen Fragen einen Konsens zu erzielen.

3. Auf der Grundlage der Erfahrungen mit NextGenerationEU sollte die Union in der Lage sein, sich weiterzuentwickeln und über ihre **Eigenmittel** zu entscheiden, wie es auf jeder anderen Regierungsebene auch der Fall ist. Die EU sollte also über Fiskalautonomie verfügen, d. h. sie sollte in der Lage sein, auf den Finanzmärkten durch die Ausgabe von Anleihen (Kreditaufnahmekapazität) Geld einzunehmen, auch außerhalb der Aufbau- und Resilienzfazilität, und EU-weite Steuern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu erheben.

Die Ausweitung der durch NextGenerationEU geschaffenen Instrumente sollte im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 erörtert werden. Eine Rückkehr zu ausgeglichenen nationalen Haushalten könnte mit einer erhöhten Kreditaufnahme auf EU-Ebene einhergehen, durch die nationale Investitionen übernommen werden könnten. Ferner sollten diese neuen Schritte in den Verträgen verankert werden. Darüber hinaus sollte die parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament nicht nur die Ausgaben umfassen, sondern auch auf die Einnahmen ausgedehnt werden. Der Gesamthaushalt der EU sollte ihren Ambitionen Rechnung tragen. Man kann weder große Politik machen noch kühn sein, wenn man durch bescheidene Mittel daran gehindert wird.

4. Die **Digitalisierung** sollte alle einbeziehen, niemanden zurücklassen und die Bürgerinnen und Bürger der EU und der Mitgliedstaaten schützen. Die EU sollte bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität, insbesondere aus Drittländern, eine führende Rolle übernehmen. Desinformation und die Verbreitung von Falschmeldungen untergraben systematisch unsere Werte und Grundsätze und sollten daher als Verbrechen gegen die Demokratie betrachtet werden. Die EU sollte dazu beitragen, einen sicheren elektronischen Raum für alle Mitgliedstaaten und auf allen Regierungsebenen zu gewährleisten.

5. Es besteht Bedarf an mehr **europäischer Bildung und Information, insbesondere für die jungen Generationen**, durch die Entwicklung mehrsprachiger und digital zugänglicher pädagogischer Materialien für alle Bürgerinnen und Bürger über die Geschichte Europas, insbesondere ausgehend von einer transnationalen Perspektive, sowie über die europäische Integration und das demokratische System der EU.

6. Es sollte mehr für den Schutz der **Rechtsstaatlichkeit** getan werden, insbesondere im Hinblick auf die derzeitigen Mitgliedstaaten. Die EU kann nicht glaubwürdig hohe Standards und vorbildliches Verhalten von Bewerberländern einfordern, geschweige denn auf Defizite in Drittländern hinweisen, wenn ihre eigenen Mitgliedstaaten nicht im Einklang mit ihren Grundwerten und Prinzipien handeln. Die EU sollte daher eine Reihe von Instrumenten zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit entwickeln und in allen Mitgliedstaaten uneingeschränkt anwenden.

7. Geopolitische Instabilität, der weltweite Wettbewerb um natürliche Ressourcen, die Abhängigkeit der EU von Energieimporten aus Drittländern und die Auswirkungen der Klimapolitik unterstreichen die Notwendigkeit einer echten **Energieunion**. Hindernisse für die Integration des Binnenmarktes sollten beseitigt werden, die nationalen politischen Maßnahmen sollten koordiniert werden und der Bereich der Energie sollte in die Außenpolitik der EU einbezogen werden, um erneuerbare Energiequellen in der EU zu fördern und allen Bürgern und Unternehmen der EU erschwingliche Energie und eine äußerst sichere Energieversorgung zu bieten.

8. Das **Spitzenkandidaten-System** sollte durchgesetzt werden, in erster Linie durch das Parlament selbst. Die Zukunft des Systems hängt in erster Linie von der Bereitschaft des Parlaments ab, gegenüber dem Europäischen Rat Stellung zu beziehen. Um das Spitzenkandidaten-System zu stärken, wird die Einführung transnationaler Listen mit einer begrenzten Anzahl von Sitzen erwogen, vorausgesetzt, es werden dadurch keine Mitglieder des Europäischen Parlaments erster und zweiter Klasse geschaffen. Für die Nominierung und die Wahl des Kommissionspräsidenten ist die Anzahl der Sitze der Fraktionen im Parlament ausschlaggebend, wobei alle Mitglieder des Europäischen Parlaments gleichwertig sind. In jedem Fall sollten die Nähe der Mitglieder zu ihren Wählern und die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit den Mitgliedern gestärkt werden.

9. Als zweite Kammer der EU-Legislative sollte der Rat mehr tun, um seine Beratungen sichtbar und transparent zu machen. Diese Kammer sollte wie ein einziges öffentliches Organ agieren, in dem alle endgültigen Entscheidungen getroffen werden und dessen Sitzungen allen Bürgerinnen und Bürgern offen stehen, ähnlich wie dies beim Parlament der Fall ist.

10. Es ist eine echte **europäische** Perspektive für die westlichen Balkanländer erforderlich. Dies ist nur über einen konkreten und ausführlichen Fahrplan möglich, die von einem strengen Zeitplan begleitet wird. Auf diese Weise würde die Konditionalität auf beiden Seiten gestärkt werden: Die Bewerberländer wüssten, was sie wann tun müssen, um Mitglied der EU zu werden, während die Mitgliedstaaten ermutigt würden, die vereinbarten Erweiterungsperspektiven einzuhalten und die Integrationsfähigkeit der EU zu stärken, insbesondere in ihren Entscheidungsprozessen.“

Dieser Beitrag wurde am 8. Dezember 2021 vom **Verwaltungsausschuss des VEM** angenommen, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

- Hans-Gert PÖTTERING, Präsident
- Monica BALDI, Vizepräsidentin
- Jean-Pierre AUDY, Schatzmeister
- Teresa RIERA MADURELL, Ehrensekretärin
- Michael HINDLEY, Mitglied
- Brigitte LANGENHAGEN, Mitglied
- Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ, Mitglied
- Edward McMILLAN-SCOTT, Mitglied
- Pier Antonio PANZERI, Mitglied
- Manuel PORTO, Mitglied

Basierend auf einem Vorschlag, der am 7. Dezember 2021 von der Reflexionsgruppe des VEM zur Zukunft der Europäischen Union angenommen wurde, der folgende Mitglieder angehören:

- Hans-Gert PÖTTERING, Präsident des VEM und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments (Vorsitzender)
- Enrique BARON CRESPO, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und des VEM (Spanien, S&D (1986-2009))
- Elmar BROK, ehemaliges MdEP (Deutschland, EPP (1980-2019))
- Pat COX, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und des VEM (Irland, ALDE (1989-2004))

- Monica FRASSONI, ehemaliges MdEP (Italien, Grüne (1999-2009))
- Genowefa GRABOWSKA, ehemaliges MdEP (Polen, SOC (2004-2009))
- Zita GURMAI, ehemaliges MdEP (Ungarn, S&D (2004-2014))
- Alain LAMASSOURE, ehemaliges MdEP (Frankreich, PPE (1989-1993/1999-2019))
- Richard CORBETT, ehemaliges MdEP (Vereinigtes Königreich, S&D, 1996-2009/2014-2020) (Beobachter)

In enger Zusammenarbeit mit Professor Steven Van Hecke und Elisabetta Fonck, Generalsekretärin des VEM.

Hans-Gert PÖTTERING

Präsident des VEM von 2018 bis 2022

Präsident des Europäischen Parlaments von 2007 bis 2009

FOCUS: Unsere interinstitutionellen Partner

1. Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments

Die Verbindungsbüros bringen die Aktivitäten des Europäischen Parlaments den Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten näher.

Eine enge Zusammenarbeit wird insbesondere bei Besuchen in den Ländern gepflegt, die zum jeweiligen Zeitpunkt den EU-Ratsvorsitz innehaben.

„Die Zusammenarbeit zwischen dem VEM und den Verbindungsbüros ist für den Erfolg der Besuche in den Ländern, die zur jeweiligen Zeit den Ratsvorsitz innehaben, von grundlegender Bedeutung. Die Verbindungsbüros vertreten das Parlament in den Mitgliedstaaten, und wenn sie Veranstaltungen ausrichten, entsteht der Eindruck, als seien wir über Grenzen hinweg gemeinsam im Parlament versammelt.“ – Britta Thomsen

2. Europäisches Hochschulinstitut (EHI)

Das EHI ist ein strategischer akademischer Partner, der durch Folgendes den Dialog zwischen ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Studierenden, Professorinnen und Professoren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Bürgerinnen und Bürgern fördert: die Florence School of Transnational Governance (FSTG); das Robert Schuman Centre; die Konferenz zur Lage der Union und das Historische Archiv der Europäischen Union.

„Wir feiern das zehnjährige Jubiläum unserer zunehmend fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem EHI. Im Laufe der Jahre haben wir Treffen, Interviews, Konferenzen und gemeinsame Programme veranstaltet, um der Bedeutung des historischen Gedächtnisses Rechnung zu tragen – eine Bedeutung, die wir, die wir die Entwicklung und das Wachstum der EU durch unser Engagement hautnah miterlebt haben, nur allzu gut veranschaulichen können.“ – Monica Baldi

3. Historisches Archiv der Europäischen Union

Das Historische Archiv der Europäischen Union ist mit der Aufbewahrung und der Zugänglichmachung der von den EU-Institutionen hinterlegten Archive, einschließlich der privaten Archive ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, betraut. Die Zusammenarbeit umfasst bestimmte Konferenzen und jährliche Bildungsprogramme für weiterführende Schulen, die sich mit aktuellen Themen befassen.

„Unter den vielen Debatten, an denen ich teilgenommen habe, waren diejenigen, die vom Historischen Archiv der Europäischen Union in Florenz mit Schülerinnen und Schülern verschiedener Jahrgänge organisiert wurden, besonders bedeutsam. Ich habe beobachtet, wie sich Lehrkräfte zunehmend dafür einsetzen, ihren Schülerinnen und Schülern Wissen über die EU-Institutionen sowie die politische und kulturelle Bedeutung Europas zu vermitteln.“ – Cristiana Muscardini

4. Historisches Archiv des Europäischen Parlaments

Das Historische Archiv des Europäischen Parlaments beherbergt sämtliche Dokumente des Europäischen Parlaments und früherer parlamentarischer Versammlungen. Es ist eine unschätzbare Quelle an Informationen über die Geschichte der Institution, die europäische Integration und die gemeinsame Politik. Es verwahrt private Nachlässe ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments.

„Das Historische Archiv des Europäischen Parlaments dient als Hüter des Gedächtnisses des Parlaments. Der VEM ist stolz darauf, einen Beitrag zur Arbeit des Historischen Archivs zu leisten, die darin besteht, die Geschichte und die Entwicklung des Parlaments zu dokumentieren, sowie dazu, diejenigen in unserem kollektiven Gedächtnis zu bewahren, die an seinem Aufbau mitgewirkt haben.“ – Manuel Porto

5. Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS)

Der interne Forschungsdienst des Europäischen Parlaments hat die Aufgabe, unabhängige, objektive und maßgebliche Analysen und Forschungsergebnisse zu politischen Themen im Zusammenhang mit der EU zu liefern. Ein gemeinsames Ziel ist es, das Bewusstsein für die parlamentarische Arbeit zu stärken und zu fördern sowie die demokratische Teilhabe zu unterstützen.

„Bei unserer Arbeit im Rahmen der Aktivitäten des VEM ist uns das vom EPRS erarbeitete Wissen eine große Hilfe. Dadurch können wir die Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in allen Bereichen verfolgen.“ – Zofija Kukovič

6. Haus der Europäischen Geschichte

Das Haus der Europäischen Geschichte ist ein historisches Museum in Brüssel, das vom Europäischen Parlament gefördert und verwaltet wird. Es befasst sich mit der Geschichte Europas, seinem Gedächtnis und den gemeinsamen demokratischen Erfahrungen. Die Aussagen ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments sind sehr geschätzt.

„Das Haus der Europäischen Geschichte und der VEM verfolgen ein ähnliches gemeinsames Ziel: die Erinnerung an die Geschichte der Europäischen Union lebendig zu halten. Wir rufen unsere Mitglieder dazu auf, mit ihren Gegenständen, die besondere Momente dokumentieren, zum Ausbau der Sammlung des Museums beizutragen.“ – Edit Herczog

7. Jean-Monnet-Haus

Jean Monnet lebte hier von 1945 bis zu seinem Tod im Jahr 1979. Hier wurde die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 verfasst. Es ist ein Museum und eine Gedenkstätte für den Aufbau Europas.

„Was unsere Zusammenarbeit mit dem Jean-Monnet-Haus betrifft, so bin ich der Ansicht, dass wir Initiativen ins Leben rufen sollten, um die Ideen von Jean Monnet am Leben zu erhalten und dazu beizutragen, die Grundprinzipien der Europäischen Union, das Wesen Europas als supranationale Organisation und seine immateriellen Werte zu stärken.“ – Cristina Gutierrez Cortines

8. Jean-Monnet-Stiftung für Europa

Die Jean-Monnet-Stiftung für Europa wurde 1978 von Jean Monnet gegründet und beherbergt das gesamte Archiv. Sie verfügt über ein einzigartiges dokumentarisches Erbe zu den Ursprüngen und der Entwicklung Europas sowie zu dessen Beziehungen zur Schweiz. Die Stiftung leistet einen Beitrag zur Schulbildung. Mitglieder des VEM sind besonders willkommen.

„Vielen Dank an den VEM für seine vorbildliche Organisation ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments seit über 25 Jahren. Besonders gefallen hat mir der Besuch in Lausanne vor einigen Jahren mit all unseren Treffen, die ich sehr schätze und auf die ich mich noch heute beziehe.“ – Carole Tongue

FOCUS: Unser Netzwerk

1. European Association of Former Parliamentarians (FP-AP)

Die FP-AP bringt ehemalige nationale Parlamentarier aus ganz Europa (Europarat/EU-Mitgliedstaaten) zusammen und pflegt eine Zusammenarbeit mit dem VEM, um die europäische Integration und den europäischen Gedanken zu fördern.

„Im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts haben die Herausforderungen zugenommen. Es gibt so viele Situationen, in denen die Europäische Union jedes Mal gerechtfertigt ist, auch wenn sie Fehler gemacht hat und auch wenn sie bisweilen unter der Mittelmäßigkeit der Regierungen bestimmter Mitgliedstaaten zu leiden hat. Es gibt so viele Situationen, in denen die Erfahrung unserer Ältesten – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene – für die Zukunft unserer Jugend genutzt werden muss.“ – Jean Pierre Audy

2. Canadian Association of Former Parliamentarians (CAFP)

Die Zusammenarbeit mit der CAFP ist aktiv und fruchtbar und umfasst zahlreiche gemeinsame Projekte, Treffen, Studienbesuche sowie die Teilnahme an wichtigen gemeinsamen Veranstaltungen in Kanada und der EU, die dazu beigetragen haben, den internationalen parlamentarischen Dialog und die internationale parlamentarische Zusammenarbeit zu stärken.

„Für ehemalige Abgeordnete aus Kanada gibt es in Europa kaum attraktivere Reiseziele als Rom und Florenz. Und weil diese Städte verzaubern, begeisterten sie auch die Besucherinnen und Besucher des vergangenen Jahres und boten so den perfekten Rahmen für einen angeregten und produktiven Meinungsaustausch. Mark Carney war damals noch nicht Premierminister und seine Rede in Davos war noch nicht einmal eine Idee im Kopf eines Redenschreibers, doch die Vorstellung einer transatlantischen Zusammenarbeit zwischen Demokratien, die auf einer regelbasierten Ordnung aufbauen, war bereits klar im Entstehen begriffen – ein Beleg für den Wert solcher Begegnungen zwischen den Mitgliedern des VEM und denen des CAFP.“ – Sir Graham Watson

3. Association of Former Members of the Congress (FMC)

Die FMC ist die führende gemeinnützige Organisation, die sich auf den US-Kongress konzentriert und sowohl amtierende als auch ehemalige Kongressmitglieder in ihre überparteiliche Arbeit einbindet. Die FMA arbeitet daran, ein spezialisiertes Netzwerk aufzubauen, um gemeinsame Initiativen in verschiedenen Bereichen, darunter Politik und Bildung, umzusetzen.

„Wir pflegen einen regen Austausch mit dem Verein ehemaliger Abgeordneter des US-Kongresses in Washington. Wir kommen online oder persönlich zusammen, um die neuesten Entwicklungen und Möglichkeiten zur Verbesserung der transatlantischen Zusammenarbeit zu erörtern. Wir planen eine gemeinsame Veranstaltung im Rahmen des Programms ‚EP to Campus‘. Besonders wichtig ist auch der Aufbau eines Netzwerks mit anderen multinationalen parlamentarischen Delegationen wie der Parlamentarischen Versammlung EuroLat. Gerade in diesem turbulenten geopolitischen Klima dürfen wir nicht zulassen, dass die Kommunikationskanäle unterbrochen werden.“ – Godelieve Quisthoudt-Rowohl

4. Interparlamentarische Union (IPU)

Die IPU ist die globale Organisation der nationalen Parlamente. Sie teilt das Engagement des VEM, die parlamentarische Diplomatie zu fördern und weltweit für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung einzutreten.

„Als spanischer Abgeordneter war ich von 1997 bis 1999 Vizepräsident und Präsident der IPU. Eine starke Beziehung zwischen unserem Verein und der Organisation, welche die Parlamente aller Länder der Welt zusammenbringt, eröffnet bereichernde Möglichkeiten – nicht nur für beide Seiten, sondern auch für den Fortschritt der Demokratie und der Menschheit weltweit.“
– Miguel Ángel Martínez Martínez

5. Nationale Parlamente der EU-Staaten

Der VEM arbeitet regelmäßig mit ehemaligen EU-Abgeordneten zusammen. Es finden zahlreiche Treffen, Studienbesuche und Informationsaustausche zu konkreten aktuellen Themen statt.

„Die Tatsache, dass wir Europaabgeordnete waren, bringt eine Reihe von Anforderungen und Pflichten mit sich. Wir müssen uns weiterhin für ein starkes und demokratisches Europa einsetzen. Die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten sind unverzichtbar.“ – Jean-Paul Benoit

6. Vereinigtes Königreich und Nicht-EU-Länder

Durch die Organisation von Studienbesuchen, Treffen und Konferenzen – persönlich wie auch online – gelingt es dem VEM, eine besondere Zusammenarbeit mit ehemaligen Mitgliedern außerhalb der EU aufzubauen. Ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments genießen hohe Wertschätzung.

„Im Rahmen seiner Bildungsarbeit beteiligt sich der VEM an Debatten, die Partnern in Nicht-EU-Regionen Wissen vermitteln und Ideen auf ansprechende und inspirierende Weise auf den Prüfstand stellen. Dies gilt umso mehr, wenn wir uns mit schwierigen globalen Themen wie Konflikten befassen und Strategien zu deren Bewältigung erörtern – mit Macht geht Verantwortung einher.“ – Mariela Baeva

FOCUS: Aktivitäten

1. Gedenkfeier

Es wird eine bewegende Gedenkfeier abgehalten, um der im Laufe des Jahres verstorbenen (ehemaligen) Mitglieder des Europäischen Parlaments zu gedenken sowie deren Beitrag zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie zu würdigen; an dieser Gedenkfeier nehmen auch Familienangehörige der Verstorbenen teil.

„Es gibt gute Gründe, derer zu gedenken, die die europäische Idee mitgeprägt haben. Unter anderem haben ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments in verschiedenen Ämtern und Ausschüssen – teilweise über mehrere Legislaturperioden hinweg – in enger Zusammenarbeit mit ihren europäischen Kolleginnen und Kollegen konstruktiv und lösungsorientiert gearbeitet und dabei Spuren hinterlassen. Alle amtierenden Mitglieder des Europäischen Parlaments können und sollten sich daran erinnern und entsprechend ihren Beitrag leisten!“ – Brigitte Langenhagen

2. Besuche der Länder, die zum jeweiligen Zeitpunkt den EU-Ratsvorsitz innehaben

Es finden Besuche in den Ländern statt, die zum jeweiligen Zeitpunkt den EU-Ratsvorsitz innehaben, um die Fortschritte bei der Umsetzung der festgelegten Prioritäten zu bewerten. Es werden Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern nationaler Parlamente und Regierungen sowie mit lokalen Organisationen abgehalten, über die im Bulletin berichtet wird.

„Die Aktivitäten des VEM sind für uns alle nach wie vor eine Inspiration. Ich gehe davon aus, dass wir bei unserem anstehenden Besuch in Irland dasselbe hohe Maß an Information, Unterhaltung und Gastfreundschaft erfahren werden, das uns kürzlich in Dänemark zuteilwurde. Diese Besuche sind stets von höchster Aktualität angesichts der zahlreichen politischen und geopolitischen Herausforderungen, denen wir derzeit gegenüberstehen.“ – Frances Fitzgerald

3. Studienbesuche

Studienbesuche in Nicht-EU-Ländern vermitteln ein tieferes Verständnis der lokalen Gegebenheiten und fördern den politischen Dialog mit Parlaments- und Regierungsvertreterinnen und -vertretern, Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und den Medien.

„Die Studienbesuche des VEM beeindruckten mich durch ihre ausgezeichnete Organisation und die gründliche Darstellung komplexer Themen. Ein besonderes Highlight war für mich der direkte Einblick in die Arbeit der europäischen Agenturen, wobei mich die Besuche bei Frontex und beim EIT in Budapest sowohl fachlich als auch organisatorisch tief beeindruckt haben. Bei dem Besuch bei Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, hat sich die Fähigkeit der Agentur zur Zusammenarbeit mit den nationalen Institutionen für einen sicheren Schengen-Raum gezeigt.“ – Paul Rübig

4. Programm „EP to Campus“

Das Programm „EP to Campus“ ermöglicht es Universitäten, vom Fachwissen und der Erfahrung ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments zu profitieren, die ihr Wissen über die Arbeitsweise der EU-Institutionen und die Mechanismen ihrer Entscheidungsprozesse weitergeben, unter anderem anhand von Erfahrungsberichten aus ihrer parlamentarischen Arbeit.

„Das Programm der Gastdozenten des EP (Europäisches Parlament) auf dem Campus ist ein wichtiger Teil der Aktivitäten des VEM, der Bildungseinrichtungen und ihren Studierenden den Zugang zu demokratisch gewählten europäischen Entscheidungsträgern ermöglicht. Zudem findet das Programm in einer entspannteren Atmosphäre statt, da unsere Dozentinnen und Dozenten nicht um Stimmen werben, sondern ihre tatsächlichen Erfahrungen und ihr Wissen weitergeben.“ – Michael Hindley

5. Librorum

Diese Veranstaltung ist der Vorstellung von Büchern gewidmet, die von Mitgliedern veröffentlicht und aus der Bibliothek des VEM ausgewählt wurden. Sie wurde anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des VEM ins Leben gerufen, um veröffentlichte Bücher zu erörtern und mit der Öffentlichkeit Gedanken über die EU und das parlamentarische Leben auszutauschen.

„Die Veranstaltungen im Rahmen des Librorum bieten den amtierenden Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der breiten Öffentlichkeit eine äußerst wichtige Gelegenheit, von den veröffentlichten reichen Erfahrungen und Erkenntnissen ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu zentralen Themen, die von entscheidender Bedeutung für die Europäische Union sind, zu profitieren. Im Gegenzug unterstützen diese Veranstaltungen ehemalige Mitglieder in hohem Maße bei der Teilnahme an anderen Aktivitäten des VEM, wie beispielsweise Besuchen in den Mitgliedstaaten und Vorträgen an Universitäten.“ – Georgi Pirinski

6. Konferenzen und Seminare

Die Konferenzen und Seminare zielen darauf ab, die Debatte über die politische und kulturelle Entwicklung der Europäischen Union zu fördern und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren. Zu den Teilnehmenden zählen amtierende und ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreterinnen und Vertreter anderer europäischer Institutionen, der Zivilgesellschaft und europäischer Organisationen sowie Studierende, Professorinnen und Professoren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreterinnen der Presse.

„Die vom VEM abgehaltenen Konferenzen und Seminare sind interessant und behandeln aktuelle EU-Themen wie die Zukunft der EU, Krisen, die globale Rolle der EU und die europäische Integration, wobei der Beitrag der EU zur parlamentarischen Diplomatie besonders hervorgehoben wird. Seit mehr als 25 Jahren finden diese Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen sowie führenden Brüsseler Organisationen und Denkfabriken statt, was den Auftrag des VEM widerspiegelt, das europäische Projekt voranzubringen und zu stärken.“ – Teresa Riera